# Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 172. Freitag den 27. Juli 1849.


□ **Breslau**, 26. Juli. [Die Gesetze vom 29. und 30. Juni. VI.] Zu den Bestimmungen von mehr polizeilicher Natur gehört auch die im § 7 des Preßgesetzes den Zeitungen auferlegte Verpflichtung, Entgegnungen zur Berichtigung von Thatsachen unentgeltlich aufzunehmen. Wir legen dieser Bestimmung einen polizeilichen Charakter bei, weil sie in ihrer Allgemeinheit über die bisher vom Strafgesetz gezogenen und durch die Natur des Strafrechtes bestimmten Grenzen aus Nützlichkeitsrücksichten hinausgeht und Handlungen mit Strafe bedroht, die die Natur einer eigentlichen Rechtsverletzung nicht tragen. Eine moralische Verpflichtung, die Wahrheit zu sagen, oder eine verbreitete Unwahrheit zu berichtigen, wird zwar der Ehrenmann immer anerkennen. Rechtlich aber hat eine derartige Verpflichtung seither nicht bestanden und kann auch nicht bestehen, weil die Behauptung einer Unwahrheit nur dann eine strafbare Handlung ist, wenn sie ein fremdes Recht verletzt, also im Falle der Verleumdung, wo ehrenkränkende Thatsachen erdichtet werden. Wenn wir aber uns überhaupt polizeiliche Tendenzen in unsern Gesetzen gefallen lassen müssen, so werden wir allerdings gestehen müssen, daß die hier in Rede stehende Bestimmung durch überwiegende Nützlichkeitsrücksichten gerechtfertigt erscheint und der Presse selbst in ihrer Gesammtheit eher zum Nutzen als zum Schaden gereichen dürfte. Bei einer eben erst entfesselten Presse, die noch nicht einmal die geachtete Stellung sich errungen hat, welche die englischen und französischen Hauptblätter einnehmen, hat sich ein System der Leichtfertigkeit in Behauptung der unglaublichsten Thatsachen wenigstens theilweise eingeschlichen, und wenn das Gesetz selbst hiergegen nicht Vorkehrungen getroffen hätte, so würden, was wir freilich bei Weitem vorgezogen hätten, die ehrenwerthen Blätter selbst sich die Pflicht haben auflegen müssen, ihre Nachrichten gewissenhaft zu prüfen und, wo ein Irrthum sich eingeschlichen, die nöthige Berichtigung nicht zurückzuhalten. Hat die Erfahrung in dieser Hinsicht bisher ungünstig für die Presse oder wenigstens einen Theil derselben gesprochen, so mögen wir das Gesetz als eine Uebergangsbestimmung wohl vorläufig unangefochten lassen, müssen aber dringend wünschen, daß auch hierin recht bald der wahre Rechtszustand hergestellt und ein Verhalten, welches der Natur des Rechtes nach niemals eine Zwangspflicht sondern nur eine Ehrenpflicht der Presse sein kann, auch dem Ehrgefühl derselben überlassen werde.

Dagegen müssen wir eine in dem betreffenden Paragraphen liegende Unklarheit rügen, welche zu den größten Verwickelungen und den schwersten Nachtheilen für die Presse führen kann. Die Entgegnungen sollen kostenfrei aufgenommen werden, „so weit sie der Umfang derselben die Länge des Artikels, welcher dazu Veranlassung gab, nicht übersteigt." Hierbei kommt Alles auf die Definition des Wortes „Artikel" an. Versteht der Richter unter „Artikel" nur den Inbegriff der Sätze, welche sich auf eine einzelne bestimmte Thatsache beziehen, so ließe sich dagegen weniger einwenden, wenn auch immer noch die Möglichkeit bliebe, daß nur ein einziger der eine bestimmte Thatsache behandelten Sätze Veranlassung zur Berichtigung geben und doch die Zeitung gezwungen sein könnte, dem Berichtiger auch die übrigen auf diese Thatsachen bezüglichen unangefochtenen Sätze zu Gute zu rechnen. Der Richter aber wird überhaupt kaum jene Interpretation annehmen, er wird sich vielmehr hinsichtlich des Begriffs eines „Artikels" an den Sprachgebrauch halten müssen. In der Zeitungssprache aber versteht man unter einem Artikel einen ganzen Aufsatz, also die Gesammtheit aller derjenigen Sätze, welche unter einem Datum und einer Chiffre erscheinen. Ein solcher Artikel kann aber die verschiedenartigsten Thatsachen behandeln, und bei den Artikeln auswärtiger Korrespondenten bildet sogar die Aneinanderreihung der verschiedenartigsten Thatsachen die Regel. Ein einziger solcher Artikel kann also, wenn jeder einzelne Satz eine Berichtigung von der Länge des ganzen Artikels hervorruft, die Zeitung in die Nothwendigkeit versetzen, den zwanzig- bis dreißigfachen Raum unentgeltlich zu solchen Berichtigungen herzugeben. Daß bei einiger Konsequenz ein Blatt auf diese Weise durch wenige Gegner in der kürzesten Zeit zu Grunde gerichtet werden kann, bedarf wohl keiner weiteren Auseinandersetzung. Die Gefahr wächst durch den Umstand, daß die gedachte Verpflichtung nicht auf die Fälle beschränkt ist, wo erweislich falsche Thatsachen durch wahre berichtigt werden und der Fall nicht entschieden genug ausgeschlossen ist, wo über richtig mitgetheilte Thatsachen Berichtigungen eingehen. Allerdings scheint die Bedingung der Unrichtigkeit der von den Zeitungen mitgetheilten Thatsachen und der Wahrheit der vom Berichtiger gemachten Entgegnung schon in dem Wort „Berichtigung" zu liegen, aber keinenfalls ist die Fassung so klar, um jeden Zweifel zu beheben und damit verwickelten Streitigkeiten vorzubeugen.

Wenn also die ganze Bestimmung schon dem strengen Recht nicht entspricht, so werden wir doch wenigstens verlangen dürfen, daß vom Rechtswege nicht weiter abgegangen werde, als das dringende Bedürfniß erheischt. Wir vermögen aber einen vernünftigen Grund dafür nicht aufzufinden, warum auf eine Thatsache, die in einem längeren Artikel unter anderen Thatsachen mitgetheilt oder besprochen wird, eine längere Entgegnung nothwendig sein sollte, als auf eine vereinzelt erwähnte und ebensowenig vermögen wir zu begreifen, welches Interesse der Staat dabei haben sollte, daß Jeder, der sich durch an sich wahre Nachrichten etwa unangenehm berührt fühlt, mit angeblichen aber grundlosen Berichtigungen die Zeitungen belästigen und benachtheiligen könne. — Soll also die gedachte Bestimmung ausführbar und mit den Rechtsprinzipien einigermaßen in Einklang gebracht werden, so muß der Umfang der unentgeltlich aufzunehmenden Entgegnung auf die Länge der Stelle (nicht des Artikels) beschränkt werden, welche berichtigt werden soll und die Entgegnung überhaupt nur dann statthaft sein, wenn sie die Unrichtigkeit der zu berichtigenden Thatsachen nicht blos behauptet, sondern nachweist.

Weitere Bestimmungen polizeilicher und präventiver Natur enthalten die §§ 8 und 9 über Anschlagezettel und Plakate und über Verkauf, Anheftung rc. von Schriften an öffentlichen Orten. In der zweiten Kammer wurde bekanntlich über das Verbot der Plakate ein eigenes Gesetz vorgelegt, von der Mehrheit der Abtheilungen aber verworfen. Nichts desto weniger hat die Regierung das Verbot in seiner ganzen Strenge aufrecht erhalten. Die Opposition in der zweiten Kammer stützte ihre Behauptung, daß jede Beschränkung in der Verbreitung von Produkten der Presse unzulässig sei, auf denjenigen Paragraphen der Grundrechte, welcher jede Hemmung des freien Verkehrs der Presse gegenüber verbietet. Wir glauben nun zwar nicht, daß jene Verfassungsbestimmung die allgemeinen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Wohlfahrt festgesetzten Regeln für den gewerblichen Verkehr hat aufheben wollen, aber das glauben wir allerdings annehmen zu dürfen, daß die Verfassung den Verkehr mit Produkten der Presse vor jeder Ausnahmsbeschränkung sichern und ihn nur den allgemeinen Bestimmungen über den Gewerbebetrieb unterwerfen wollte. Daß daher die Anheftung von Anschlagezetteln an gewissen Orten untersagt, daß der Handel mit Produkten der Presse wie mancher andere Gewerbebetrieb von einer vorgängigen Erlaubniß der Polizei-Behörde abhängig gemacht wird, widerspricht nicht der Verfassung. Dagegen verstehen wir wenigstens die Uebereinstimmung jener Bestimmungen, welche das Anheften von Plakaten wegen ihres, wenn auch nicht strafbaren, Inhaltes verbieten und die Polizei-Behörde zur willkürlichen Zurückziehung der gegebenen Erlaubniß zum Handel mit Preßprodukten, abweichend von den allgemeinen Bestimmungen über den Gewerbebetrieb, ermächtigen, nicht anzuerkennen.

Sehen wir aber vom Rechtspunkte ab, so ist das durch das Verbot der Plakate entstehende Unglück wohl nicht so groß und wir finden den Widerwillen erklärlich, welchen die Regierung auf sie geworfen hat. Die Plakate sind allerdings großentheils nur Organe der Leidenschaft und der Täuschung gewesen und haben zur Verwirrung der Köpfe mehr beigetragen, als zur Aufklärung. Aber die Leidenschaft lag in der Zeit und nicht in den Plakaten und es wäre ein grober Irrthum, wenn man die Plakate als die Quelle des Uebels bezeichnen wollte, dessen Ausfluß sie nur waren. Wenn wir daher auch den so schnell vergangenen Plakaten-Frühling nicht gerade allzusehr betrauern, so halten wir doch die Gefährlichkeit der Placate nicht für groß genug, um eine Beschränkung der Preßfreiheit auch nur in dieser Form als eine dauernde Maßregel billigen zu können, zumal wenn deren Verfassungsmäßigkeit denselben so bedenklichen Zweifeln unterliegt. Wir nehmen auch diese Beschränkung nur als eine jener Uebergangsbestimmungen hin, deren momentane Aufstellung in der dringenden Gefahr des Augenblicks eine gewisse Entschuldigung finden mag, die aber in dem geordneten und gesicherten Rechtsstaate nicht bestehen dürfen.

Hiermit haben wir die polizeilichen Bestandtheile der vorliegenden Verordnung ausgeschieden und es bleibt uns nur noch die Prüfung der in derselben niedergelegten strafrechtlichen Bestimmungen übrig.

## Preußen.

**Berlin**, 25. Juli. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Gerichts-Direktor Böttcher zu Gostyn zum Direktor des Kreisgerichts zu Schrimm zu ernennen; und dem hiesigen praktischen Arzte Dr. Rintel sen. den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Dem Mechaniker Eduard Boissier zu Berlin ist unter dem 21. Juli 1849 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Zirkel, so weit derselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Angekommen: Der kaiserlich brasilianische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Barboza da Silva, von Hamburg.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Perron-Diener bei der Berlin-Hamburger Eisenbahn, Johann Hannsen zu Glöwen, die Anlegung des ihm verliehenen Kreuzes erster Klasse vom königlich spanischen Militär-Orden des heiligen Ferdinand, zu gestatten.

C. C. **Berlin**, 25. Juli. [Versuch der baierischen Regierung, ihre deutsche Politik zu rechtfertigen.] Die baierische Regierung erkennt nunmehr vor den neuen Wahlen selbst die Nothwendigkeit an, über ihr Verhalten in der deutschen Frage dem baierischen Volke offene Rechenschaft abzulegen, damit dies die Ueberzeugung gewinne, daß sie unerschütterlich festgehalten habe an dem großen Ziele, der Erstrebung eines großen, wahrhaften deutschen Bundesstaates. Die Neue Münchener Zeitung hat es übernommen, dieser in einigen fortlaufenden Artikeln geführten Rechtfertigung ihre Spalten zu öffnen, und wir unsererseits begrüßen dies Unternehmen der baierischen Regierung um so freudiger, weil wir darin das eigene Zugeständniß zu finden glauben, daß ihr Verhalten in der deutschen Frage — der Rechtfertigung recht sehr bedarf. Freilich würden wir von unserem Standpunkte aus, von welchem jeder Schritt willkommen geheißen wird, welcher geeignet ist dem wirklichen Zustandekommen des Bundesstaates näher zu führen, die von der baierischen Regierung vor ihrem Volke abgelegte Rechenschaft noch lieber acceptiren, wenn sie zugleich baierischer Seits darauf abgesehen wäre, das von allen Seiten erstrebte Ziel zu fördern. Ungeachtet dies indeß nicht der Fall ist, die Rechtfertigung vielmehr zu einer Lobrede der baierischen dynastischen Sonderpolitik umschlägt, haben wir dennoch die feste Ueberzeugung, daß diese Rechtfertigung ihre guten Früchte bringen wird, weil dem gesunden Urtheile des baierischen Volkes, dem es in seiner weitaus großen Mehrheit ernstlich um eine innigere deutsche Gemeinschaft zu thun ist, nicht entgehen wird, auf wie schwachen Gründen die baierische Kabinets-Politik in der deutschen Frage erbaut ist. Keinesfalls kann eine solche Rechtfertigung, und wäre sie noch glänzender ausgefallen, als sie ist, das baierische Volk dafür entschädigen, daß ihm die Vortheile eines Anschlusses an das, von dem größeren Theile Deutschlands bereits acceptirte, engere Bündniß und damit die Erfüllung eines

wesentlichsten Theiles seiner im verflossenen Jahre gehegten Hoffnungen auf eine engere Gemeinschaft der deutschen Stämme noch länger vorenthalten werden. — Wir können es uns nicht versagen, die gedachte Rechtfertigung in ihrem Gedankengange etwas näher zu begleiten. Einen Bundesstaat, in welchem die unveräußerlichen Rechte aller Volksstämme gewahrt und gesichert, diese sämmtlich zu einem großen durch gleiche Interessen und gemeinsame Vertretung verbundenen Ganzen geeinigt wären, einen solchen Bundesstaat mit Gleichberechtigung aller seiner Theile wollte und verlangt noch heute das deutsche Volk. Es will nicht einen Einheitsstaat, wie ihn politische Träumer ersonnen, oder selbstsüchtige Bestrebungen auf zwei entgegengesetzten Wegen herbeiführen zu können meinen.... Ein solcher Einheitsstaat, in welchem ein Stamm den Vorrang nicht nur, sondern die thatsächliche Herrschaft über alle andere sich anmaßte, wäre ein Unding, eine Mißgeburt.... Wenn daher die baierische Regierung der Idee eines solchen Einheitsstaates, wo immer und in welcher Gestalt oder auch unter welchem Deckmantel sie auftreten mochte, entgegenwirkt; wenn sie die Bestrebungen zur Verwirklichung desselben, gleichviel ob sie von Frankfurt oder von Berlin ausgehen, mit aller Kraft bekämpft.... so handelt sie nicht allein im wohlverstandenen Interesse Baierns, sondern von ganz Deutschland, nicht Sonderbestrebungen sind der Hebel ihres Verfahrens, sondern es ist das Wohl und Wehe, die Größe oder der Verfall, die Herrlichkeit und Macht oder die Vernichtung Deutschlands, welche auf dem Spiele stehen." In der That, patriotischer und wärmer kaan man wohl nicht sprechen, und man wäre demnach geneigt zu glauben, daß dem bairischen Kabinette wirklich die Größe und die Herrlichkeit und die Macht Deutschlands recht innig und recht eng an das Herz gewachsen wären. Nur eins macht uns besorgt, ob es mit dieser Wärme auch überall so ganz aufrichtig gemeint sei, der Umstand nämlich, daß ungeachtet dieser beredten Sprache mit den Begriffen, auf welche es ankommt, unläugbar eine frivole Spiegelfechteeei getrieben wird. „Das deutsche Volk wollte und verlangt einen Bundesstaat mit Gleichberechtigung aller seiner Theile. Einen Einheitsstaat, in welchem ein Stamm den Vorrang sich anmaßte, wäre ein Unding, ihn wird die baierische Regierung bekämpfen, er mag von Frankfurt oder Berlin ausgehen." — Gestehen wir's, die Begriffe von Bundesstaat und Einheitsstaat sind hier mit solcher Geschicklichkeit verwirrt, daß es allerdings leicht den Anschein gewinnt, als erstrebe Baiern die Erfüllung der wahren aufrichtigen Wünsche des deutschen Volkes, indem es den Bundesstaat will, Preußen hingegen vernichte diese Hoffnungen, indem es einen Einzelstaat schaffe. Wir wollen nicht auf die Kühnheit der Behauptung näher eingehen, ob der Einzelstaat wirklich und unter allen Umständen ein Unding sei: es genügt zur Zeit, daß die Wünsche des deutschen Volkes und der deutschen Regierungen auf Konstituirung eines den gegenwärtigen Verhältnissen unzweifelhaft entsprechenderen Bundesstaates sich beschränken. Allein eine mindestens sehr eigenmächtige Interpretation dieser Wünsche erlaubt sich die bairische Regierung, wenn sie, gleichsam wie sich von selbst verstehend, hinzusetzt „einen Bundesstaat mit gleicher Berechtigung aller seiner Theile." Nein, von einer solchen gleichen Berechtigung aller seiner Theile, wenn darunter etwas anderes verstanden sein sollte, als daß kein Theil um das ihm gebührende Rechtsantheil gebracht werde, hat das deutsche Volk nirgends gesprochen. Oder durch welche Organe meint die bairische Regierung, daß dieser Ausspruch geschehen sei. Durch die frankfurter Nationalversammlung doch gewiß nicht, und von anderen Organen der Volksmeinung haben wir dieß auch nicht vernommen. Ein Bundesstaat liegt in den Wünschen der gebildeten Mehrzahl des deutschen Volkes, das ist gewiß, allein ein Bundesstaat und die gleiche Berechtigung aller seiner Theile sind zwei keineswegs zusammengehörige Begriffe. Sie sind um so weniger dort zusammengehörig, wo diese Theile, wie in Deutschland von so verschiedener Größe und Macht sind, daß sich beispielsweise das preußische Königreich mit 5000 Quadratmalen und mehr als 16 Millionen Einwohnern darin neben dem Fürstenthum Waldeck mit 21 Quadratmeilen und 60,000 Einwohnern befindet. Versteht die bairische Regierung unter der von ihr den Wünschen des deutschen Volkes untergeschobenen Gleichberechtigung aller Theile, daß Waldeck gleichen Theil mit Preußen und Baiern an der Volksvertretung und an der Regierung des künftigen deutschen Bundesstaates nehme, daß ihm also in dem Volks- und Staatenhause und dem Fürstenrathe und dem Direktorium überall eine gleiche Stimmenzahl mit Preußen and Baiern eingeräumt werde, — nun wohlan, so verzichte Baiern für jetzt und für alle Zeiten auf einen deutschen Bundesstaat, es verzichte auf eine Volksvertretung, in welcher 16 Millionen nur einen gleichen Werth haben mit 60 Tausend, es verzichte auf alle Vortheile eines einigeren, kräftigeren, schnelleren Regiments in Deutschland, und kehre so schleunig als möglich zum alten Bundestage zurück. Es findet dort in der Plenarversammlung der souverainen Fürsten, wenn auch nur annähernd, die gleiche Berechtigung aller Theile und es bleibt ihm überlassen, diese Gleichberechtigung Aller dort zu mehrerer Vollendung zu bringen. Die Erinnerung an die herrlichen Früchte, welche diese gleiche Berechtigung aller Theile im Bundestage der deutschen Nation getragen hat, wird ihm auch die Zukunft in goldenem Lichte erscheinen lassen. — Versteht aber die baierische Regierung unter der gleichen Berechtigung aller Theile, daß jeder Theil sein ihm gebührendes gleiches Recht wie der andere erhält, nun so bedarf es ja nur eines Blikkes in die von Preußen vorgelegte Bundes-Verfassung, und sie wird finden, daß Waldeck, wie Preußen und Baiern seine Vertretung hat im Volkshause, im Staatenhause und im Fürstenrath. Will Waldeck selbst noch mehr? Sollte ihm die von der baierischen Regierung gepriesene Gleichberechtigung aller Theile vielleicht zu der Hoffnung Anlaß geben, mit Baiern zusammen noch in die Reichsvorstandschaft zu kommen? In der That, das Lächerliche hierin können wir nicht entdecken. Wenn denn die bairische Regierung die Gleichberechtigung Aller will, so wird sie doch wohl Waldeck die Theilnahme an der Reichsvorstandschaft, oder dem von ihm vorgeschlagenen Direktorium nicht streitig machen? Hier würde wenigstens jede Consequenz und jede Logik aufhören. — Wenn die baierische Regierung in ihrer Rechtfertigung auf solche Weise mit dem Bedriffe des angeblich von ihr erstrebten Bundesstaates ein täuschendes Spiel treibt, so vollendet sie die Verwirrung in den Vorstellungen, indem sie von einem Einheitsstaate spricht bei einem Verfassungs-Entwurfe, welcher vom Einheitsstaate nicht minder weit entfernt ist, als die Bestrebungen der baierischen Regierung auf Zustandebringung eines Bundesstaates von einem wirklichen Bundesstaate. „Den Einheitsstaat, in welchem ein Stamm den Vorrang sich anmaßt, wird die baierische Regierung bekämpfen, er mag von Frankfurt ausgehen oder von Berlin." Warum ist der preußische Verfassungsentwurf für Deutschland ein Einheitsstaat? In welchen Stücken ist er es? Darin, daß die Vorstandschaft einem Einzigen anvertraut ist, eine Vorstandschaft, welche an der Legislative keinen Antheil hat? Ist der Bund der nordamerikanischen Freistaaten darum ein Einheitsstaat, weil die exekutive Gewalt in Händen eines Präsidenten ist? Und wo ist der Fürstenrath, welcher dort den Präsidenten vertritt, wenn es sich um Theilnahme an der gesetzgebenden Gewalt handelt? Es ist wahr und allseitig anerkannt, es ist dies der wunde Fleck für die baierische Regierung, weil eine sehr unzeitgemäße Eifersucht sie hindert, das natürliche thatsächliche Uebergewicht des preußischen Stammes anzuerkennen, und eine falsche und ihren Kräften durchaus unangemessene Ehrsucht sie abhält, der Konstituirung einer Reichsgewalt zuzustimmen, in welcher sie nicht völlig gleiche Rechte mit dem viermal mächtigeren Nachbar, mit der europäischen Großmacht erhält. Gewiß, einen Einheitsstaat in seiner wahren Bedeutung will die Mehrzahl des deutschen Volkes nicht, und die Regierungen können ihn ebenfalls nicht wollen; allein es ist Unrecht gegen das Volk, seine Abneigung gegen den wirklichen Einheitsstaat zu mißbrauchen, dadurch, daß man einen Verfassungsentwurf als einen Einheitsstaat bezeichnet, welcher von einem Einheitsstaate nichts hat, als ein Volkshaus, ein Staatenhaus, einen Fürstenrath und einen Vorstand. Es ist daher auch weiter nichts als eine abermalige Täuschung, wenn die bairische Regierung im ersten Artikel ihrer Rechtfertigung (Nr. 165 der Neuen Münchener Zeitung) auf einmal den Boden des Rechts für sich vindicirt, indem sie behauptet, „der Leitstern für alle Bestrebungen muß die feste Grundlage des unverrückbaren Rechts bilden, und die bairische Regierung giebt den besten Beweis ihrer uneigennützigen Absichten, indem sie überall darauf hin arbeitete, daß der Neubau eines großen einigen Deutschlands auf Anerkennung des guten Rechts aller deutschen Volksstämme, auf ihre vollkommene Gleichberechtigung gerichtet werde." Wir können ohne Bedenken sagen, eine abermalige Täuschung, nachdem wir bewiesen haben, daß die vollkommene Gleichberechtigung Aller in einem anderen Sinne als ihn der preußische Verfassungsentwurf auffaßt, in einem Bundesstaate (einem „einigen" Deutschland, wie die bairische Regierung selbst sagt) eine vollständige Absurdität, ein Unding, eine Mißgeburt ist, und nur in einem Staatenbunde allenfalls geduldet werden kann. Die alte Bundesakte ist denn auch das einzige Dokument, in welchem, und zwar ebenfalls nur annähernd, die Gleichberechtigung Aller als gutes Recht anerkannt ist, und an diesem guten Rechte festhalten, heißt daher mit anderen Worten nichts, als von den Bestimmungen der alten Bundesakte nicht abweichen. Welcher Widerspruch aber darin liegt, ein neues einigeres Deutschland durch einen Bundesstaat schaffen, und doch bei der Bildung dieser neuen Schöpfung von dem alten guten Rechte der deutschen Bundesakte nicht abweichen zu wollen, darauf darf nicht besonders hingewiesen werden. Auch dem blödesten Auge ist dies klar. Es ist daher auch durchaus falsch, den Leitstern für neue politische Schöpfungen in dem alten „unverrückbaren" Rechte suchen zu wollen. Es handelt sich ja gerade darum, aus dem alten unvollkommenen Rechtszustande in einen neuen vollkommenen überzugehen. Wie kann von der Schöpfung eines neuen Rechts die Rede sein, wenn das alte gute Recht als „unverrückbar" bezeichnet wird!

P. C. Berlin, 24. Juli. [Ihr, die es angeht, nehmt ein Exempel daran!] Auch das Handwerk übt theils eine conservative, theils eine revolutionäre „Politik", je nachdem. D. h. es theilt sich unter beide „politische Parteien", je nach dem Fache. — So hat man in Paris, an diesem Heerde der Revolution, die eigenthümlich „gewerbs-polizeilich" und „gewerb-statistisch" beachtenswerthe Bemerkung gemacht, daß bei allen dortigen Emeuten niemals ein Zimmergeselle sich betheiligt hat, während Perückenmacher und Kochkünstler, umgekehrt nie dabei fehlen. — Wie so das? — der „Corsair", welcher diese Wahrnehmung mittheilt, erklärt die Thatsache, wie uns dünkt, ebenso einleuchtend, als einfach. Nämlich er findet die Erklärung derselben darin: daß gerade die Zimmerleute dort, wie auch sonst in Frankreich, in einer Verbrüderung leben, die ein wahres Muster von Einfachheit, Redlichkeit, Thätigkeit und Menschenfreundlichkeit ist. Die Gesellen übernehmen dort von ihren Meistern die Herstellung der von diesen zu vergebenden Arbeiten, oder wenigstens bei allen größeren, welche mehrere Arbeiter beschäftigen, stets gegen einen bestimmten, im Voraus mit ihnen verabredeten Lohn. (Schon das ist bei uns bekanntlich nicht so.) Ist dies geschehen, dann wird auf dem Werkplatze oder der Baustelle unausgesetzt die ganze Woche hindurch emsig darauf losgehauen, mag es draußen oder daneben Aufruhr geben, so viel es will. Denn — „das Bummeln und Revoltiren bringt nichts ein." Vielmehr würde es wegen der Zeitversäumniß dabei nur dem Meister, der ja seinerseits auch wieder dem Bauherrn verpflichtet ist, gesetzlich seiner Zusage gegen die Gesellen entbinden, wenn sie die Arbeit nicht zu rechter Zeit und spätestens bis zu dem verabredeten äußersten Termine, fertig lieferten. „Das ginge also wohl, aber es geht nicht." — Ist nun die Woche vorüber: so wird der Verdienst gleichmäßig unter alle Mitarbeiter vertheilt. Denn unter solchen Umständen wacht natürlich auch jeder Einzelne darüber, daß kein Anderer faullenze. Ja, wer da z. B. Tabak raucht, hält auch sorgfältig auf guten Schwamm, um dem Nachbar jeder Zeit auf gut nachbarlich seine Pfeife schnell anbrennen zu helfen. — Fast noch schöner jedoch ist eine zweite Einrichtung. Nämlich: von dem gemeinschaftlichen Verdienst wird stets ein bestimmter Antheil bei Seite gelegt für — die „Mutter". Das ist nun auch gleich wieder ein gar hübscher, biedersinniger, von wahrem Menschengefühle zeugender Name, um damit eine gemeinschaftliche Kasse zu bezeichnen, die für die Kranken oder bei ihrem Berufe Verunglückten, für Wittwen und Waisen vom Gewerke, und — für etwa kommende eigene „böse Tage" bestimmt ist. (Also ganz wie bei uns die „Knappschafts-Kassen" unserer wackern Bergleute.) — Mit einem Worte: Die pariser Zimmerleute erblicken in der „Emeute" zunächst immer das Aufhören der Arbeit, den Ruin der Unternehmer, und somit auch die Verdienstlosigkeit der Arbeiter. Deshalb mögen sie mit Straßenpolitik und „Barrikadenbau" Nichts zu thun haben. Und doch wissen sie natürlich recht gut, daß namentlich bei letzteren gerade sie vorzugsweise „gern gesehen" sein würden. Aber sie wollen ihren Zweig der ehrlichen arts et métiers nicht zu einem der arts émeutiers machen. — Bei uns gilt ein Gleiches wohl mehr oder weniger nicht blos von den Zimmerleuten, sondern auch von den Maurern und den Bergleuten. (Freilich mit Ausnahme derer vom sächsischen Erzgebirge ꝛc., dagegen aber z. B. mit Einschluß der westfälischen). Kurz und gut: „die Leute vom Leder", in dem bekannten Gegensatze zu vielen derer „von der Feder" und von anderen Gewerben, sind meist vernünftig, ruhig und politisch besonnen; gleichviel ob sie neben dem Schurz- oder Gruben-Leder die Axt, die Kelle oder den Hammer führen. — Es zeigt sich dabei wieder im Gewerbsleben dasselbe, wie im politischen. Wer da „bauen" hilft und zu bauen versteht, sei es über oder unter der Erde, der weiß auch, was das Bauen kostet, und will schon darum nicht Profession aus dem „Einreissen" machen. Daher auch wohl die Erscheinung, daß unsere Maschinenbauer es nicht lange mit der sogenannten „Demokratie" halten mochten. — Man hat mithin gewiß einigen Grund, manche Instrumente des Handwerks, wie die oben genannten, trotz der Kraft der Leute, welche sie führen, eben so wesentlich für „konservativ" anzusehen, wie Brenneisen und Kasserolle sich namentlich zu Paris als vorzugsweise „revolutionär" bewiesen haben; trotz der meist geringeren Stärke derer, welche sie handhaben. Bei uns will die böse Welt etwas dem Letzteren Aehnliches dem Bügeleisen und Kneife nachsagen; auch wohl, wie zu Lyon, dem Webeschiffchen und ferner dem Hobel. Wir unsererseits wollen dieser üblen Nachrede nicht gerade beipflichten, werden ihr vielmehr mit Vergnügen entge-

gentreten, sobald Zeit und Thatsachen uns das Gegentheil darlegen. Unser Zweck bei dieser Mittheilung war nur: so weit als, und überall, wo es geschehen kann, das Beispiel der Pariser Zimmergesellen zur Nachahmung zu empfehlen. Und wenigstens theilweise halten wir diese eben überall für möglich.

C. B. **Berlin**, 25. Juli. [Tagesbericht.] Die jüngsten Nachrichten über den Stand des österreichisch-russisch-ungarischen Krieges haben hier einen unverkennbaren Eindruck gemacht. Auch hier scheint man selbst in den höchsten Kreisen durch die offiziellen Berichte der kaiserlichen Blätter irre geleitet gewesen zu sein. Seitdem die Verhältnisse in das richtige Licht gestellt sind, ist die Partei am Hofe, die durch einen Sieg der Ungarn ihre Interessen mehr gefährdet sieht, als durch ein aus anderen Gesichtspunkten allerdings gleichfalls unerwünschtes Uebergewicht der österreichischen Waffen, eifrigst bemüht, eine Aussöhnung mit dem kaiserlichen Hofe und eine Unterstützung desselben zu Wege zu bringen. Schon schlägt das Organ dieser Partei, die „Neue Preuß. Zeitung,“ einen ganz andern Ton gegen Oesterreich an als bisher, und wie man sicher wissen will, werden ernstliche Unterhandlungen wegen einer direkten Unterstützung der kaiserlichen Heere durch preußische Truppen gepflogen (?). — Daß, wie oft bemerkt wurde, das Parteitreiben der konservativen Vereine, namentlich des Treubundes, von oben herab nicht mit den günstigsten Augen betrachtet wird, geht aus einer Aeußerung hervor, welche dem Könige in den Mund gelegt wird. Eine Deputation des Treubundes (nach einer anderen Version Graf Luckner) — erzählt man — habe beim Könige wegen direkter Unterstützung der Bundeszwecke in einer besonderen Audienz Anträge gemacht. Der Verein soll bei dieser Gelegenheit seine Verdienste um die Bekämpfung der Demokratie hervorgehoben, als sein besonderes Verdienst aber den günstigsten Ausfall der Wahlen dargestellt haben. Der König, wird versichert, habe hiergegen erklärt: er kenne weder Conservative noch Demokraten, er kenne nur Preußen. Das politische Parteitreiben sei ihm seiner ganzen Natur nach verhaßt, und er könne kein Verdienst darin sehen, wenn dieses Treiben durch eine von den Zeitverhältnissen begünstigte Partei auf die Spitze getrieben würde; am wenigsten dann, wenn die preußischen Farben dazu gebraucht würden, um eine feindselige Agitation gegen die deutschen zu bemänteln. Wenn er, der König, selbst und auf seinen Befehl das ganze Heer beide Farben angelegt hätten, so sei es mindestens nicht royalistisch und patriotisch, nur die eine Kokarde aufzustecken, und gegen die andere den Parteihaß aufzustacheln. Ohne eine Bürgschaft für die Wahrheit übernehmen zu können, bemerken wir nur, daß das Mitgetheilte in dieser Darstellung durch die ganze Stadt von Munde zu Munde erzählt wird. — Se. Majestät sollen die Vorlegung der Wahllisten, zunächst die der Residenzstadt Berlin, befohlen haben, um sich nicht allein über das numerische Verhältniß zwischen Wählern und Nichtwählern persönlich zu orientiren, sondern auch, um zu erfahren, welchen Klassen nach Bildung und Stand die resp. Parteien angehören. — Eine auffallende Maßregel, die wenigstens dafür spricht, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht sobald erfolgen dürfte, ist die in gestriger und vorgestriger Nacht stattgehabte Schließung verschiedener Bier- und Kaffeehäuser, die als Sammelplätze der Demokraten bekannt sind. In dieser Nacht wurde die „ewige Lampe“, ein kleines Bierlokal in der Neumannsgasse, geschlossen, das seit Jahren als ein Ort bekannt ist, an welchem oppositionell gesinnte Schriftsteller zu verkehren pflegen. Das gleichnamige, durch den Belagerungszustand unterdrückte Witzblatt, entsprang aus den Zusammenkünften in dieser Taverne. Auch in der Spandauer Straße fand die Schließung eines Lokals statt, und eben so wurde eine demokratische Gesellschaft aus dem Gesellschaftshause vertrieben, wegen Kollisionen mit einer Wahlmänner-Versammlung, die in den oberen Räumen des Hauses stattfand. — Ein Vorgang in einer hiesigen Wahlmänner-Versammlung mag erwähnt werden, um zu zeigen, was man sich zu einer gewissen Partei zu versehen hat, für den Fall, daß sie mehr als bis jetzt die Oberhand erlangen sollte. Als von einigen Seiten die Namen des Herrn Camphausen, v. Beckerath und Anderer genannt und für die Candidatenliste vorgeschlagen wurden, erhob sich ein militärischer Wahlmann, ein Offizier von höherem Range, und bemerkte: Es gehöre vielleicht Muth dazu, so Etwas zu sagen, aber er habe diesen Muth: Männer, wie die genannten, seien im Grunde nichts Besseres als Hochvereäthrr. Ein anderer Wahlmann, der im frankfurter Parlament zur Partei der so Angegriffenen gehörte, nannte diesen Angriff eine niederträchtige Verläumdung und fragte den ritterlichen Herrn: wo er denn den Muth, dessen er sich jetzt rühme, vor 15 Monaten gehabt habe, als einer jener Hochverräther am Ruder gesessen? Es entstand hierauf ein heftiger Tumult, der erst dann endigte, als einige Herren den Saal zu verlassen bestimmt wurden. — In der gestrigen Sizzung des Freihandels-Vereins war der Gesetz-Entwurf vom 6ten dieses Monats, betreffend die Einführung einer Einkommensteuer, Gegenstand eines Vortrages des Herrn Hoppe, worin hauptsächlich darauf hingewiesen wurde, daß das Ministerium Brandenburg, ebenso wie das Ministerium Bodelschwingh vor zwei Jahren ausdrücklich erklärt, daß es keine Erhöhung der Staatseinnahmen wolle, daß es aber dennoch bei sehr erhöhtem Prozentsatz, hinzugefügter Progression und nicht unbeträchtlicher Vermehrung des Steuerobjekts ebenfalls nicht mehr als die Mahl- und Schlachtsteuer und die beiden Hauptklassen der Klassensteuer fallen lassen will. Der durch viele Zahlen begründete Vortrag schloß mit der Nachweisung, daß allein eine Steuer zu 3 Prozent von den Zinsen der hauptsächlichsten preußischen Börsenpapiere, und die Einkommensteuer von den Gehältern der Staatsbeamten nahe zu den Betrag der Mahlsteuer erreichen würden, und machte daraus wahrscheinlich, daß die Steuer weit mehr einbringen müsse, als das Ministerium glaube. — Die Diskussion des Gegenstandes wurde auf acht Tage ausgesetzt. — Heute steht der Stadtverordnete und frühere Bürgerwehrshauptmann von Kunowski unter der Anklage der Erregung von Aufruhr und Vertheilung von verheimlichten Waffen und Munition an Nichtberechtigte vor dem Geschwornen-Gericht. Als Präsident des Gerichts fungirte Ger.-Rath Grein, als Staatsanwalt Assessor Adler, als Vertheidiger Advokat-Anwalt Dorn. Der Angeklagte sprach sich in ruhiger und würdiger Weise gegen die Anklage aus und hob, nach Darlegung der thatsächlichen Vorgänge am 11ten und 12ten November vorigen Jahres, in welcher Zeit die dem Angeklagten zur Last gelegten Vergehen stattgefunden haben sollen, namentlich hervor, daß die Anklage ihn bald als Privatperson, bald als Bürgerwehrhauptmann betrachte. Die Vernehmung von 8 Belastungs- und 8 Entlastungszeugen dauerte bis Nachmittag 4 Uhr und es stellte sich heraus, daß mehrere der ersteren ihre in der Voruntersuchung gemachten Aussagen wesentlich modifizirten. Der Staatsanwalt beantragte nach dem von ihm gegebenen Resumé den Ausspruch des „Schuldig“ Seitens der Geschwornen, „wenngleich die Verhandlung nicht den juristischen Beweis für die in der Voruntersuchung herausgestellten Thatsachen und deren Zusammenhang ergeben habe.“ Der Vertheidiger stellte in überzeugender klarer Rede das Unhaltbare dieser Zumuthung und der behaupteten, jedoch nicht erwiesenen Beschuldigungen dar; er wies namentlich darauf hin, daß es Tendenz gewesen, den als oppositionell bekannten Angeklagten unschädlich zu machen, daß ihm selbst durch die Zeugenaussagen nichts zur Last falle. — (Um 5 Uhr kurz vor Postschluß, zogen sich erst die Geschworeuen zur Berathung zurück).

A. Z. C. **Berlin**, 25. Juli. [Vermischte Nachrichten.] Die gestern Vormittag hier eingetroffene telegraphische Depesche von der am 22sten erfolgten Uebergabe der Festung Rastatt hat zu Sanssouci besonders deßhalb eine große Freude erregt, weil alles Blutvergießen vermieden wurde. Man vermuthet, daß unter diesen Umständen nur wenige der Kriegsgefangenen mit dem Leben werden büßen müssen, da, wie wir schon früher meldeten, die standrechtlichen Exekutionen beim Könige überhaupt auf Widerstand gestoßen waren. — Wie verlautet, wird der englische Gesandte Graf von Westmooreland sich an den Empfangsfeierlichkeiten, welche des Prinzen von Preußen bei seiner Rückkehr harren, durch reiche Geldspenden betheiligen. Derselbe hat schon früher seine Sympathien für den Treubund zu erkennen gegeben und die Festlichkeiten, welche von demselben veranstaltet wurden, nicht allein mit seiner Gegenwart beehrt, sondern auch mit Geldmitteln unterstützt. — Ein Opfer der Cholera ist in diesen Tagen auch eine so genannte Albina (lichtscheuendes Mädchen mit langem weißen Haar) geworden, die hier für Geld gezeigt wurde. Mehrere, von dem spekulativen Unternehmer dieser Sehenswürdigkeit in Eile zusammengeholte bedeutende Aerzte, vermochten nicht sie zu retten. — Gestern Nachmittag machte ein Soldat, welcher sich in dem in der Lindenstraße befindlichen Militärarrest befand, den Versuch sich zu ersticken oder zu verbrennen. Auf eine noch nicht ermittelte Art hatte sich derselbe ein Feuerzeug verschafft, und um sein Vorhaben auszuführen, den Strohsack angezündet. Der Rauch verrieth jedoch sehr bald das Feuer. Der Soldat, welcher bereits mehrere Brandwunden erhalten hatte, mußte nach dem Lazareth geschafft werden. — Die Cholera ergiebt gegenwärtig folgendes Resultat. Bis jetzt waren als erkrankt gemeldet 1506 Personen, Zugang bis heut Mittag 88, Summa 1594 Personen. Davon sind genesen 255, gestorben 926, in Behandlung geblieben 413. — An der Börse herrschte heute endlich wieder einmal ein lebhafteres Geschäft. Alle Devisen waren zu steigenden Coursen begehrt. Man wollte wissen, daß die deutsche Frage in neuester Zeit einen sehr befriedigenden Fortgang nehme und daß die ungarischen Siege nicht so gar hoch anzuschlagen seien. Dies, so wie die Uebergabe Rastatts wirkte ermunternd auf die Spekulanten, auch waren die auswärtigen Course höher.

Die „deutsche Reform“ bringt folgende Betrachtungen über die auch in unserer Zeitung mitgetheilten Ansichten des „Journal des Debats“ über die badischen Angelegenheiten: „Nicht mit Unrecht ist vor einiger Zeit schon von patriotischen Blättern die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Sicherstellung geordneter Zustände in unserem Gesammtvaterlande und die Kräftigung der früheren staatlichen und dynastischen Verhältnisse in den deutschen Bundesstaaten einen raschen Rückschlag auf den Ausbau des neuen Verfassungswerks ausüben werde. Die Geschichte der letzten Jahrhunderte und Jahrzehnte hat hinlänglich gelehrt, daß nur zu viele Interessen in den deutschen Staaten zweiten und dritten Ranges sich geltend zu machen wissen, welchen eine Behandlung rein deutscher Fragen vor dem Forum europäischer Kongresse immer erwünscht ist. — Die fremden Mächte haben noch nie verabsäumt, aus dieser mindestens unpatriotischen Passion ihren Vortheil zu ziehen, und selbst schwerlich eine Gelegenheit verabsäumt, die Einflüsse ihrer Politik in diesem Sinne geltend zu machen. — So erwarteten wir denn schon lange angeregte oder nicht angeregte Einsprüche Seitens der auswärtigen Presse in unseren deutschen Angelegenheiten, da jetzt so leichte Gelegenheit zu Einmischungen geboten wird. Indessen ist, so viel uns bekannt, der erste derartige Artikel, welcher mit Anspruch auftritt, der erwähnte in den halboffiziellen Debats, die bezüglich der badischen Frage ausdrücklich erklären: „nous croyons assez opportun d'avertir l'opinion publique aussi pour notre compte.“ So sehr wir die Loyalität einer Politik anerkennen, welche es offen ausspricht, daß die Herstellung geordneter Zustände, wo sie auch immer in Europa stattfindet, ihr zum Vortheil gereiche, und die deshalb unsere Armee freundlich am Rhein begrüßt; so sehr wir ferner es billigen, daß die süddeutschen Blätter wegen ihrer Zerstückelungs-Projekte in Baden von den Débats gegeißelt werden, eben so entschieden müssen wir uns gegen die unrichtige Auffassung der deutschen Politik Preußens in dieser Frage erklären. Wenn preußische Blätter, wie dies die Débats behaupten, auf jene Projekte, nach denen Baden unter Oesterreich, Baiern und Würtemberg getheilt werden sollte, geantwortet haben: „Man hüte sich, die Staaten zweiten Ranges zu vergrößern, sonst ist es mit der nationalen Einheit für immer aus! Baden kann ohne einheitliche Regierung Deutschlands nicht gerettet werden!“ so wollen wir zwar nach den gemachten Erfahrungen die Richtigkeit des ersten Satzes nicht bezweifeln, weisen es aber entschieden zurück, wenn die Debats erklären, daß eine Einverleibung Badens in „das Reich“ oder was, wie sie sagen, dasselbe wäre, in das „vergrößerte Preußen“ jemals im Sinne der preußischen Politik gelegen habe. Es ist bekanntlich eine durch und durch irrthümliche Auffassung des von den drei Königreichen vorgelegten Entwurfes zum deutschen Bundesstaate, welchem auch Baden beigetreten ist, wenn an den freiwilligen Zutritt, der dazu erforderlich ist, der Begriff der Einverleibnng gebracht wird. Indem Preußen den Zutritt allen und jedem deutschen Staate offen läßt, tritt es ja den Vertheilungs- und Mediatisirungs-Gelüsten der ihm gegenüberstehenden Politik entgegen, und wird so gerade der Beschützer der Selbstständigkeit der kleineren Staaten, also auch Badens, dessen Retter er überdies geworden ist. Frankreich, wie alle Garanten der wiener Kongreß-Akte, hätte allerdings ein Recht des Einspruchs, wenn es sich um die Existenz Badens — also etwa um jene Zerstückelungspläne handelte, von denen die Débats selbst sprachen. Es hat aber nicht den entferntesten Beruf der Einmischung, wenn Baden dem Bündnisse und Entwurfe der drei Königreiche und ihrer Bundesgenossen beitritt. Nicht einmal ein deutscher Staat hat hier das Recht irgend einer Einsprache; denn sowohl nach Artikel 11 der Bundesakte, als nach Artikel 6 der wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820 haben die Staaten des Bundes unbeschränktes Vertragsrecht unter einander; nach letzterem können sie sogar sich Hoheitsrechte gegenseitig abtreten. Im Hinblick auf die Débats und die in der französischen Presse so leicht zu veranlassenden Mißverständnisse müssen wir deshalb ausdrücklich hervorheben, daß Preußens Politik mit jener nichts gemein hat, welche Badens Existenz in Frage stellen könnte, daß eine Parallelisirung also, wie sie die Débats gebracht haben, ganz unstatthaft ist. Preußen hat seinen Beruf, als Schirm und Beistand der kleineren deutschen Staaten aufzutreten, stets treu und uneigennützig erfüllt, es wird auch ferner diesen Weg gehen, und auf demselben keine Einsprache dulden, sie komme, woher sie wolle.“

— Dem in Berlin gebildeten Vereine zur deutschen Göthefeier ist für Briefe, Gelder und Packete, welche derselbe in seinen Angelegenheiten absendet oder empfängt, unter der Bedingung die Portofreiheit bewilligt worden, daß die nicht mit Geld beschwerten Briefe und Adressen offen oder unter Kreuzband versende

werden. Die anzuwendende portofreie Rubrik lautet: „Angelegenheiten des Vereins zur Göthefeier.“ (Amtsbl. d. P. D.)

*** Potsdam**, 23. Juli. Gestern rückte hier das zur mobilen Erfurter Division gehörende 2. Bataillon des 18. Infanterie-Regiments hier ein, nachdem es den Tag vorher in Berlin gewesen und dort vor dem General v. Wrangel defilirt, hatte es nach seinem hiesigen Einrücken Parade vor Sr. Majestät dem Könige. Mit diesem Bataillon werden die Truppenzüge nach Thüringen geschlossen. Das genannte Bataillon stand zuletzt in Danzig und ist dasjenige, welches sich voriges Jahr vornehmlich bei Buk und Grätz im Posener Insurrektionskriege ausgezeichnet hat; da es meist aus Ihren Landsleuten (Schlesiern) besteht, so erwähne ich noch, daß der König und sämmtliche Prinzen auf eine sehr schmeichelhafte Weise ihre Anerkennung dem Baitaillon zu Theil werden ließen. Mit einem tausendstimmigen Hurrah auf den König verließ es heut Potsdam.

**Köln**, 23. Juli. Der Plan einer stehenden Brücke über den Rhein zwischen Köln und Deutz ist nun in technischer Beziehung durch den Ober-Baurath Lentze ausgearbeitet. Die Brücke würde zwischen den Bahnhöfen der Köln-Aachener und der Köln-Mindener Eisenbahn zu den Füßen des kölner Doms zu liegen kommen und mit Eisenschienen zum Pferdebetrieb versehen werden, so daß sie zugleich für den Land- und Eisenbahn-Verkehr diente: es würde eine Hängebrücke mit zwei in der Mitte des Stromes befindlichen Pfeilern werden und zu ihrer Erbauung ein Aufwand von 1,800,000 Thaler erforderlich sein. Sie würde zunächst für den Eisenbahn-Verkehr den großen Vortheil des Hinübergehens der von Minden kommenden Züge bis zum linksseitigen Bahnhof, und des Abgehens der Züge von dort nach dem Osten, mithin einer großen Beschleunigung und Erleichterung des ganzen Eisenbahnverkehrs an jenem wichtigen Uebergangspunkte gewähren, also der ganze Verkehr von Deutschland und dem östlichen Europa nach Frankreich, Belgien und England erheblich beschleunigt werden. Was sodann den Landverkehr betrifft, so würde, während bisher der Verkehr zwischen beiden Ufern, namentlich bei Hochwasser und Eisgang mehrere Tage, selbst bis zu einer Woche lang unterbrochen gewesen ist, künftig für alle Zeiten der Flußübergang gesichert sein. Das Fuhrwerk würde für die wenigen Fälle, in denen noch der Aufzug der Klappen zwischen den beiden Pfeilern nöthig bleibt, einige Minuten aufgehalten; die Fußgänger würdeu aber auch in diesen Fällen den Uebergang durch eine an den Spitzen der Pfeiler angebrachte Laufbrücke bewirken können. Der Schiffsverkehr endlich würde dadurch wesentlich gewinnen, daß in den bei weitem meisten Fällen die Schiffe, statt des jetzigen Aufenthalts durch das Ausfahren des Brückenjochs künftig ohne allen Aufenthalt unter der Brücke durchfahren könnten; nur Schiffe welche ihre Masten oder Dampfschiffe, welche ihre Schornsteine nicht senken wollen, müssen das Aufziehen der Klappen zwischen den Mittelpfeilern abwarten. — Der Plan wird nun zunächst den Gemeinderäthen von Köln und Deutz zur Aeußerung vorgelegt werden. (D. Ref.)

## Deutschland.

**Berlin**, 25. Juli. Ueber die Besetzung von Rastatt sind vom 23. Abends noch folgende weitere Nachrichten eingegangen:

**Um 6 Uhr Nachmittags haben unsere Truppen mit klingendem Spiel ihren Einzug in die Festung Rastatt gehalten. Vor der Stadt fand die Entwaffnung der Insurgenten statt; sie sind sämmtlich als Gefangene in die Kasematten eingeschlossen worden.**

**Um halb acht Uhr Abends erschien Se. kgl. Hoheit der Prinz von Preußen, und richtete einige Worte an die Truppen, welche ihn mit einem begeisterten Hoch auf den König empfingen.** (Pr. St.-Anz.)

**Frankfurt a. M.**, 23. Juli. Die Nachwehen der ernsten Ereignisse, deren Schauplatz Baden noch so eben gewesen, machen sich nach allen Berichten in den meisten Gemeinden in einem Haß und in einer gegenseitigen Erbitterung fühlbar, die schon mehrfach in blutigen Auftritten sich Luft gemacht haben würde, wenn nicht die Gegenwart der preußischen Truppen sie darnieder hielte. Der Funke des Aufruhrs glimmt außerdem nur leicht verhüllt unter der Asche fort; die revolutionäre Partei ist weit entfernt, von ihrer Verblendung geheilt zu sein und sie schreibt ihre Niederlage nicht sich selbst und der Natur der Dinge, sondern dem Verrath und der Unfähigkeit ihrer politischen und militärischen Führer zu. Die Regierung wird eine sehr schwierige Aufgabe gelöst haben, wenn es ihr gelingt, Versöhnung in die Gemüther zu bringen, denn eine Strenge, welche nur erbittert, wäre ben so schädlich, als eine Nachsicht, welche nur als Schwäche gilt. Die badische Beamtenwirthschaft, zu dem Erkenntniß scheint man ziemlich allgemein gelangt zu sein, trägt einen großen Theil der Schuld, daß solche Zustände existiren, und es steht zu hoffen, daß hier nicht bloß wesentlich reformirend eingeschritten, sondern daß auch die Zahl der Beamten in einer Weise beschränkt wird, wie es gegenwärtig mehr als zu jeder anderen Zeit möglich ist. Man muß die Badenser hören, um zu wissen, mit welcher Erbitterung sie gegen ihre Büreaukratie erfüllt sind, und auf der anderen Seite haben die neuesten Ereignisse es zur Genüge bewiesen, daß sie keinerlei Stütze ist für die bestehende Ordnung der Dinge; sie ist mit derselben Leichtigkeit aus dem absolutistischen Regime des Ministeriums Blittersdorf in die konstitutionelle Ordnung des Ministeriums Bekk, und von dieser wieder unter das repubiikanisch-revolutionäre Regiment der provisorischen Regierung eingetreten, überall kriechend nach oben, barsch und Willkür übend nach unten. Gedrückt von der breiten Basis dieser Beamten-Pyramide, hat das Volk sich gegen die Spitze erhoben, in der Meinung, mit dem Schlußstein werde der übrige Bau zusammenfallen. Hier muß geholfen werden. Das alte Staatsgebäude hat sich moısch und haltlos gezeigt, mit blos äußeren Stützen ist hier nichts gethan. Man kann diesen Einsturz bedauern, weil unendlich viel unter seinen Trümmern begraben liegt, aber das Alte wieder herzustellen, hieße nur einen zweiten, noch schwereren Einsturz veranlassen. Ein nicht geringes Hinderniß dieses Neubaues sind indeß die durch die Revolution völlig zerrütteten finanziellen Verhällnisse des Großherzogthums. Es steht zu hoffen, daß der Aufruf zur Theilnahme an der beschlossenen freiwilligen Anleihe reichliche Theilnahme findet. Schon die einfachste Berechnung sollte allerdings die Besitzenden zu freiwilligen Beisteuern antreiben, um die Wiederkehr einer Auflösung zu verhüten, welche allen Besitz hinwegschwemmen könnte. — Ueber die Soldaten der aufgelösten Armee ist durch einen Erlaß des Kriegsministeriums jetzt definitiv verfügt. Diejenigen, welche einen seit dem 1. Juli ausgestellten Erlaubnißpaß haben, sind unbeirrt in der Gemeinde zu belassen, im anderen Falle aber über ihre Theilnahme an dem Aufstande zu vernehmen; Anstifter und Rädelsführer oder solche, welche höhere Chargen in der Armee der Aufständischen angenommen, sind als Arrestanten in die Depots zu senden, die andern gehen in ihre Heimath und sind ohne Pässe in andern Gemeinden nicht zu dulden. Waffen und Bekleidung werden an die betreffenden Behörden abgeliefert. — Die Ausweisung der Flüchtlinge aus der Schweiz tritt bereits in Ausführung; aus Genf meldet die amtliche Revue de Geneve, daß Heinzen und Struve, sobald sie ihre Pässe erlangt haben, um sich mit Sicherheit nach England oder den Vereinigten Staaten begeben zu können, Genf verlassen werden. Nach offiziellen Berichten sind übrigens, die einzeln übergetretenen gar nicht gerechnet, 9000 kolonnenweise eingetroffene deutsche Flüchtlinge und 150 Polen in der Schweiz. (D. Ref.)

**Karlsruhe**, 22. Juli. Heute ist ein großherzogl. Erlaß erschienen, wonach alle Kriegsgerichte, also auch das, welches über das Verhalten der badischen Offiziere zu entscheiden haben wird, von Preußen besetzt werden sollen, da ein badisches Armeecorps im Augenblick nicht bestehe. Wir fiuden in dieser Maßregel gewissermaßen eine Genugthuung für die Offiziere, welche noch eine Zeit lang ausgehalten hatten, um möglicherweise ihre Soldaten wieder zur Ordnung und Pflicht zurückzuführen. Die Deputation, die neulich zum Großherzog abging, soll diesem unter Anderm auch vorgestellt haben, daß es nicht so weit gekommen wäre, wenn nicht gleich alle Offiziere von hier weggegangen wären. (D. Ztg.)

Die heutige Karlsr. Ztg. enthält die in der gestern mitgetheilten Motivirung des großherzogl. Ministeriums vorgeschlagenen finanziellen Maßregeln in der Form von provisorischen Gesetzen, betreffend die Kapitalbesteuerung, die Eröffnung eines außerordentlichen Kredits und die Aufnahme eines freiwilligen Darlehns.

**Heidelberg**, 22. Juli. Der baierische General, Fürst von Thurn und Taxis, welcher mit einem baierischen Schützen-Bataillon in Mannheim lag, hatte die Absicht, noch einige Bataillone baierisches Fußvolk und etwas Reiterei nach Mannheim zu ziehen, weil für ein Bataillon der Wachtdienst zu anstrengend sei. Es ist nun aber gestern das 30. preußische Infanterie-Regiment nach Mannheim gekommen und hat sämmtliche Wachen, mit Ausnahme der von den Baiern noch besetzten Schloßwache, bezogen. Dem baierischen General wurde mitgetheilt, daß somit keine Vermehrung der Garnison durch baierische Truppen nöthig sei, ja, daß er selbst mit seinem Bataillon nach Rheinbaiern zurückkehren könne. (D. Ztg.)

**Aus Baden**, 21. Juli. Der Umstand, daß sämmtliche Bürgerwehren des ganzen Landes, mit Ausnahme der Karlsruher, sich der Revolution angeschlossen, hat dieses Institut bei den jetzigen Machthabern in großen Mißkredit gebracht. Dieselben gehen daher mit dem Plane um, das noch überdies von dem ehemaligen Abgeordneten Hecker hervorgerufene Bürgerwehr-Gesetz aufzuheben und sämmtliche Bürgerwehren für immer aufzulösen. Nur die Karlsruher Bürgerwehr soll als Belohnung ihrer letzten würdigen Haltung als Ehrencorps fortbestehen. Auf gleiche Weise erheischen es die gegebenen Zustände, votirte Gesetze nicht sofort ins Leben zu rufen. Dahin gehört namentlich die neue Gerichts-Organisation. Der Minister des Innern hat daher den betreffenden Beamten eröffnet, daß sie nun wieder neue Mieths-Verträge mit den gewöhnlichen Aufkündigungs-Terminen eingehen können. Auch soll in Bäldedas Hoftheater in Karlsruhe wieder eröffnet werden. — Unter den Verhafteten und Gefahndeten befinden sich auch viele Frauen, namentlich Mitglieder des demokratischen Frauen-Vereins der Madame Struve. Auch das erzbischöfliche Ordinariat veifährt jetzt gegen die kompromittirten Studenten der katholischen Theologie. Relegation und Nichtzulassung in den Priesterstand wird wohl hier die Strafe sein gegen die Schuldigbefundenen. (D. Ref.)

**Frankfurt**, 21. Juli. Zwischen der preußischen und der badischen Regierung ist dem Vernehmen nach nunmehr die Uebereinkunft zu Stande gekommen, daß das Großherzogthum Baden eine Reihe von Jahren (man spricht von 5 Jahren) von einem, dreißigtausend Mann starken preußischen Armeekorps besetzt bleiben und die badischen Truppen Behufs ihrer Reorganisation in zwei preußische Provinzen verlegt werden sollen. Die Entscheidung hinsichtlich der Reichsfestung Rastatt ist einem Reichsbeschlusse vorbehalten; vorläufig würden preußische Truppen im Vereine mit hessischen und mecklenburgischen die Garnison dieser Festung bilden. (N. K.)

**Frankfurt**, 23. Juli. Hessen-Darmstadt ist nach längerem Schwanken, jetzt entschlossen, dem Drei-Königs-Entwurfe beizutreten. Der Einfluß des Reichsminister-Präsidenten und selbst des Prinzen Emil, der vorzugsweise im österreichischen Interesse arbeitet, haben nicht vermocht, die Regierung umzustimmen. Prinz Emil wird sich, aufs Höchste verstimmt, auf längere Zeit vom Hofe zurückziehen und sich zunächst in ein Seebad begeben. (K. Z.)

**Wiesbaden**, 21. Juli. In der heutigen Sitzung unserer Abgeordneten-Kammer erklärte Präsident Vollpracht: Die Regierung, geleitet von der Ueberzeugung, daß durch den Entwurf der drei Könige der einzige Weg gegeben sei, die Verfassung vom 28. März zu verwirklichen, hat sich an das preußische Bündniß angeschlossen, jedoch die Ratifikation durch die Stände-Kammer vorbehalten. Sie theilt deshalb die betreffenden Verhandlungen, welche theilweise noch nicht zur Veröffentlichung geeignet sind, der Versammlung mit, um dieselben in vertraulicher Sitzung zu besprechen und demnächst einem zu wählenden Ausschusse zur Begutachtung zu übergeben. (Mainzer J.)

**Kassel**, 20. Juli. Der Entwurf einer Antworts-Adresse enthält folgende Stelle:

Wir beklagen es mit Ew. königl. Hoh. Regierung tief, daß die freudigen Hoffnungen auf eine starke einheitliche Gestaltung des deutschen Vaterlandes noch nicht in Erfüllung gegangen sind, und daß die von der National-Versammlung zu Frankfurt rechtsgültig beschlossene und verkündete Verfassung des deutschen Reichs nicht hat in Ausführung gebracht werden können. Wir sind überzeugt, daß diese Ausführung nicht in der Macht Kurhessens gelegen hat und daß die Regierung, läge es nur an ihr, keine Gelegenheit verabsäumen würde, die Reichsverfassung ins Leben zu rufen. Wir erkennen aber auch an, daß die Durchführung der Frankfurter Verfassung unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unmöglich erscheint, und daß diese Verhältnisse und insbesondere die Lage unseres Landes ein rasches und entschlossenes Eingehen auf die Vorschläge der Kronen Preußen, Hannover und Sachsen, welche dermalen die einzige Aussicht für Herstellung einer bundesstaatlichen Einheit geben, gebieterisch erheischen. Wir hegen zu der Regierung Ew. königl. Hoheit das volle Vertrauen, daß sie bei den deshalbigen Unterhandlungen und Verträgen das Wohl des weiteren und engern Vaterlandes mit Nachdruck und Beharrlichkeit wahrnehmen, die nöthigen Garantien der Verwirklichung der Berliner Vorschläge niemals aus dem Auge verlieren und unter allen Umständen an der Ueberzeugung festhalten werde, daß eine Neugestaltung Deutschlands durch eine bundesstaatliche Verfassung mit einheitlicher Spitze, mit einem Staaten- und Volkshause, zur dringenden politischen Nothwendigkeit geworden sei, und daß dem deutschen Volke aufs schleunigste die langersehnten Bürgschaften der Freiheit, Macht und Wohlfahrt gegeben werden müssen. Soweit noch eine besondere Mitwirkung der Ständeversammlung erforderlich bleibt, sehen wir den deshalbigen Vorlagen entgegen. Ehrerbietungsvoll verharret ꝛc. (K. A. Z.)

**München**, 22. Juli. Gestern Nachmittag hat der König Max mit Königin Marie seine Rundreise durchs schwäbische Allgäu angetreten. — Der preuß. geheime Rath von Bally, bekanntlich Reichsagent gegen Preußen, ist vorgestern, nachdem er hier bei Hofe und unter seinen Freunden von Frankfurt her, den Ultramontanen, wie auch im auswärtigen Amte, gute Aufnahme gefunden, gestern hier wieder abgereist; wahrscheinlich begiebt er sich nach Stuttgart. Für ihn hat München den Regierungs-Präsidenten Franke aus Schleswig empfangen.

**Augsburg**, 22. Juli. Ihre Majestäten der König und die Königin sind gestern Mittag gegen 2 Uhr in unsere Stadt eingetroffen, aufs Feierlichste empfangen und begrüßt von den obersten königlichen und städtischen Behörden, von Geschützdonner, Glockengeläute

(Fortsetzung in der Beilage.)

---

**Mit einer Beilage.**

Beilage zu № 172 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 27. Juli 1849.

(Fortsetzung.)

und dem Lebehoch der Bevölkerung, die — wie die Truppen, die Landwehr und die Freicorps — in den Straßen versammelt war, in denen Tausende von deutschen und baierischen Flaggen und Fahnen von den Giebeln und Fenstern wehten. Nach dem Mittagsmahl verfügten sich Ihre Majestäten, stets von freudigem Zuruf umgeben, zu der im Schießgraben und den anstoßenden Gesellschaftsgärten improvisirten festlichen Volksversammlung. Abends fand ein großer Zug von einigen Tausend Fackelträgern mit den Gesangsvereinen und einer Reihe von Musikchören statt. (A. Z.)

**Gotha**, 22. Juli. In einer der letzten Sitzungen unserer Abgeordnetenversammlung ward mit großer Stimmenmehrheit der Beschluß gefaßt, die Staatsregierung zu ersuchen, nach den von der Konferenz der thüringischen Landtagsabgeordneten aufgestellten Grundzügen die schleunige Herstellung eines gesetzgebenden Organs für die thüringer Staaten im Wege des Staatsvertrags mit den übrigen Regierungen zu erstreben. Zugleich ward Seitens der Abgeordneten-Versammlung die Erklärung abgegeben, daß dieselbe, wenn wider Verhoffen ein oder mehre Staaten den Beitritt verweigern sollten, immer noch eine weniger umfassende Vereinigung so lange für wünschenswerth erachte, als noch der Zweck, die Gewinnung eines starken Mittelpunktes für Thüringen, sich als erreichbar darstelle.

**Braunschweig**, 23. Juli. Die Rückkehr unserer in Schleswig-Holstein stehenden Truppen (zwei Bataillone Infanterie, zwei Schwadronen Husaren und eine Batterie Artillerie) ist auf nächsten Donnerstag und Freitag (26. und 27. Juli) festgesetzt. Darin ist vermuthlich die vorläufige Antwort auf den Hollandt'schen Antrag enthalten, die Kammer möge das Vertrauen zu der Regierung aussprechen, daß dieselbe in Bezug auf den von Preußen abgeschlossenen Waffenstillstand den Weg deutscher Ehre und der damit unzertrennlich verbundenen Interessen der Herzogthümer wahren werde. Wie wird nun wohl der Komissionsbericht über diesen Antrag ausfallen? (Z. f. N.)

**Hamburg**, 24. Juli. Gegen die die Kirche und Schule betreffenden Bestimmungen der von der Konstituante beschlossenen neuen Verfassung, hat sich in diesen Tagen auch unsere geistliche Behörde, welcher bisher zum großen Theil das Oberaufsichtsrecht über das gesammte Schulwesen zustand, mit einer Vorstellung an den Senat gewendet, soll aber von diesem mit ihren Bedenken an die konstituirende Versammlung verwiesen worden sein. — In dem Stande unserer Verfassungs-Angelegenheit hat sich nichts verändert; die Presse sucht inzwischen die müßige Neugier des Publikums mit Gerüchten über bevorstehenden Einmarsch von preußischen Truppen und deshalb angeknüpften Unterhandlungen in Berlin zu speisen. Uebrigens wird in diesem Augenblick der weitaus größte Theil der allgemeinen Aufmerksamkeit von den Eventualitäten, welche der in Berlin ratifizirte Waffenstillstand in seinem Gefolge haben dürfte, in Anspruch genommen, da die Art und Weise, wie sich dieselben erledigen werden, für Hamburgs kommerzielle Verhältnisse von der größten Bedeutung ist. (D. Ref.)

## Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

**Schleswig**, 23. Juli. Nachdem die beiden Statthalter gestern Abend aus dem Norden zurückgekehrt waren, wurden heute Morgen — wie auch vor der Abreise geschehen — einige Mitglieder der Landesversammlung zu einer Konferenz mit denselben eingeladen. Darauf folgte eine geheime Sitzung der Landesversammlung, welche indeß nicht von sehr langer Dauer war. Ueber den Stand der Sachen und die von der Landesversammlung gefaßten Beschlüsse sind bis dahin bloß Gerüchte im Umlauf, doch vernimmt man, daß die heute gefaßten Beschlüsse morgen wenigstens zum Theil durch Mittheilung in öffentlicher Sitzung bekannt gemacht werden sollen. (B. H.)

**Kiel**, 23. Juli. Die Aushebung der neuen Rekruten ist hier schon beendigt, hier in Kiel hat sie allein vierhundert Mann geliefert. Nach der Rede, die Bonin kürzlich an seine Offiziere gehalten, soll es kaum zweifelhaft sein, daß er an der Spitze unserer Armee bleibt. Die Statthalterschaft hat übrigens unsere Truppen schon aus dem Reichsheer zurückgenommen. Sie wurde gestern Abend vom Norden zurück in Schleswig erwartet, und in den nächsten Tagen wenigstens kann man entscheidenden Mittheilungen entgegensehen. — Unser Kriegsschooner Elbe ist heute Morgen von einer Excursion nach Eckernförde mit der ersten Abtheilung der Kadetten hierher zurückgekehrt. Der Skiold, ein Dampfschiff und eine Korvette bilden letzter Zeit das Blokadegeschwader. (Konst. Z.)

## Oesterreich.

N.B. **Wien**, 25. Juli. [Vermischte Nachrichten.] Das Ministerium hat den Bau von zwei Dampffregatten, nach dem Plan des Marine-Ingenieur bewilligt. — Binnen Kurzem erscheint hier eine interessante Brochüre: Memorabilien aus dem Leben und Wirken des früheren Staatsminister Pillersdorf enthaltend. — Seit drei Monaten sind in Kufstein über hundert Verurtheilte aus Wien, Ungarn und Italien, die steile Treppe zu den Thürmen hinauf geführt worden, feingekleidete Männer, und Burschen in Halinamäntel, junge kräftige Gestalten, und Alte mit gebeugtem Rücken und grauen Haaren, Geistliche und Laien, Militairs und Civilisten, auch mancher unter ihnen, aus besseren Zeiten her bekannt. — Den hiesigen Waffenschmieden wurde von Seiten des Militairkommandos neuerlich der geschärfte Auftrag ertheilt, Waffen unter keinem, wie immer Namen habenden Vorwande, an Civilpersonen zu verkaufen. — In Mähren und in Brünn selbst tritt die Cholera ziemlich stark auf. In dieser Stadt sind bereits mehr denn 100 Personen derselben erlegen. — Am 23. Juli wurden in Brünn von dem Landesausschusse die Vertrauensmänner zu der Entschädigungskommission, bezüglich der Grundlasten gewählt, und zwar vier aus den Berechtigten und desgleichen vier aus den Verpflichteten.

* **Wien**, 25. Juli. Se. Majestät der Kaiser hatte gestern einen Ausflug nach Wiener Neustadt gemacht. Es ist bei Wiener Neustadt eine Brigade kaiserl. Truppen aufgestellt, welche sich in fliegende Korps auflösen und den Rücken der Armee zwischen Oedenburg und dem Plattensee decken soll. — Außer dem Don Carlos und Familie befindet sich auch der Infant Herzog von Parma in Baden. Die Saison ist dort eine sehr angenehme. — Die Klagen im Publikum über die Brodpreise sind im steten Zunehmen. Alles Gebäck steht noch in demselben Preis, wie vor 6 Monaten, während die Körner-Preise um die Hälfte herabgesunken sind. Der Gemeinderath wird hart beschuldigt, daß er sich um die Klagen des Volkes so wenig bekümmert, und diesem wichtigen Gegenstand nicht seine volle Aufmerksamkeit schenkt.

N.B. **Wien**, 25. Juli. [Aus und über Ungarn.] Gestern hatte sich hier das Gerücht verbreitet, daß 20,000 Ungarn, vom FM. Paskiewitsch umzingelt, das Gewehr gestreckt hätten. So wenig verwerflich die Quelle erschien, welcher dasselbe entnommen ward, so nahmen wir doch Anstand, es zu wiederholen, bevor es sich nicht als authentisch erwies, was auch bisher nicht der Fall war. — Nach den letzten Berichten vom nördlichen Kriegsschauplatze war das Hauptquartier des FM. Paskiewitsch am 21. d. noch in Aszod, wo sich auch das Bivouak des zweiten russischen Armeekorps befand. Die Avantgarde dieses Korps befehligt GM. Tolstoi, welcher der den Rückzug der Magyaren deckenden Arriergarde folgt. Von Seite der Magyaren kommandirt in diesem Rayon Dembinski. Das dritte russische Armeekorps deckt die Bergstädte unter G. L. Grabbe. Görgey schlägt sich bei Lossonz und wird von den erwähnten 2 russ. Truppenkörpern auf beiden Flanken und im Rücken verfolgt. Das 4. russ. Armeekorps steht bei Kapolna. Die russ. Division Paniutine wird in Ofen und Pesth als Garnison verwendet. Das österr. 1. Armeekorps marschirt über Stuhlweissenburg nach Földvar, das 2. cernirt Komorn, das 3. und Reservekorps war gestern bereits in Ketschkemet auf dem Wege nach Szegedin. — Aus Siebenbürgen erfährt man, daß Bems Truppen viermal die vereinigten österr.-russ. Streitkräfte angegriffen und sich zuletzt gegen Maros-Vasarhely zogen, woselbst sie eine feste Stellung einnahmen. Von beiden Seiten wurde mit der größten Hartnäckigkeit gekämpft und der beiderseitige Verlust soll über 2000 Mann an Todten und Verwundeten betragen. Täglich treffen russische Verstärkungen ein. — Nachrichten aus Bukarest vom 12. d. zufolge, hatte das österreichische Korps unter FML. Clam-Gallas die Aufgabe, den Tömöser Paß zu passiren und in Kronstadt einzurücken. Die Truppen waren sehr erschöpft und auch die Disziplin hatte gelitten. Sie ließen im Czernerczer Lager 1000 Todte und noch 100 Kranke zurück. G. d. C. Puchner befand sich noch in Krajova. — Die neuesten Nachrichten vom südlichen ungarischen Kriegsschauplatze entwerfen von den dortigen Zuständen ein trauriges Bild. Alles flüchtet sich theils nach Essegg, theils in das näherliegende Serbien. Die ganze männliche Bevölkerung von 16 bis 60 Jahre muß für die Magyaren zu den Waffen greifen. Alle Waffen, Sensen, Pflugeisen, dann Pferde und Wagen müssen abgeliefert und sämmtliche Vorräthe an Getreide, Mehl und Früchten, an Wein und Obst müssen in die Festung Peterwardein gebracht werden. Die Magyaren beherrschen das ganze Banat. Ueber das Schicksal Temeswar's weiß man seit dem 8. d. nichts. — Die Kundmachung des FZM. Haynau, wodurch den Judengemeinden zu Pesth und Alt-Ofen eine außerordentliche (gestern nicht vollständig mitgetheilte) Lieferung von Montours- und Ausrüstungssorten auferlegt wird, ist datirt vom 19. d. Der Kostenbetrag dürfte über 2 Millionen Konv.-Münze betragen. Die Ablieferung hat in Terminen von vierzehn zu vierzehn Tagen zu geschehen und muß binnen 6 Monaten beendigt sein. Bei Nichteinhaltung der Termine werden Geldstrafen verhängt. Im Eingange wird diese Maßregel durch folgende Worte motivirt: „Die beiden Judengemeinden in Pesth und Altofen haben ihr mehrfältiges, wahrhaft schändliches und gesetzwidriges Benehmen im Allgemeinen, insbesondere aber durch mehrere Begünstigung und Unterstützung der Sache der Rebellen gegen ihren rechtmäßigen Kaiser und König auf eine so offenkundige Weise an den Tag gelegt, daß ich mich deshalb bewogen finde, zur wohlverdienten Strafe derselben, so wie zur Warnung anderer Gemeinden, eine Requisition an Montours- und sonstigen Ausrüstungssorten und zwar für Pesth und Altofen zu gleichen Theilen aufzuerlegen." Da die Gemeinde von Altofen ganz arm ist, so fällt die Entrichtung auf die Pesther fast allein.

[Wiener Ztg.] Eben eingehendrn Privatnachrichten aus Ruma vom 22. d. M. zu Folge war der ritterliche Ban dem aus dem Banat heranrückenden magyarischen General Guyon entgegen gerückt, hatte bei Titel die Donau passirt und die Magyaren aufs Haupt geschlagen. 2 magyarische Bataillone wurden gefangen und 13 Kanonen erobert. — Einer noch unverbürgten Nachricht zu Folge soll Arad drei Tage nach der Besetzung durch die Ungarn von den Russen erstürmt worden sein.

Nach Privatberichten aus Pesth hat der kommandirende Feldzeugmeister Baron Haynau vorgestern diese Stadt verlassen und ist der Armee nach Ketschkemet gefolgt. Es heißt, General Rüdiger folge dem Corps des Görgey in die Marmarosch. Die meisten Honveds-Bataillons dieses Corps sind auseinander gelaufen.

G. L. Grotenhjelm hat folgenden Aufruf an die Szekler erlassen: „Szekler! Bem, der Parteigänger, hat Euch in der an Euch gerichteten Proklamation aus M. Vasarhely vom 10. Juli über die Absicht und den Zweck des in Eurem Vaterlande erschienenen russischen Heeres betrogen, indem er Euch eine lügenhafte Erzählung von Sibirien zum Besten gab und Euch mit der Gefangenschaft und Verbannung nach jenem mit den krassesten Farben geschildertem Lande schreckte. — Durch dieses elende Mährchen war nur beabsichtigt, Eure Leidenschaften zur Fortsetzung des verbrecherischen Kampfes gegen Euren gnädigsten Monarchen zu entflammen. — Laßt Euch durch solch eine niedrige Lüge nicht bethören! Wir, die Alliirten Eures Kaisers und Herrn, sind deshalb hier, um Eurem Lande Ruhe und Ordnung, Euch aber die Segnungen des Friedens wieder zu geben; daher wir auch alle Kriegsgefangenen den k. k. österreichischen Behörden übergeben, und überhaupt auf die Gesetzgebung und Organisirung des Reiches durchaus keinen Einfluß nehmen. Szekler! kehret zurück auf den Weg des Gesetzes, legt die schuldbelasteten Waffen nieder, die Ihr durch Bösewichte verleitet, zu Eurem eigenen Verderben ergriffen habt. — Euer gnädiger Kaiser weiß recht wohl, daß Ihr verführt wurdet, doch je eher Ihr den Pfad des Rechtes betretet, desto mehr werdet Ihr Euch der Gnade und Vergebung theilhaftig machen.

Hauptquartier Bistritz, den 16. Juli 1849.

Grotenhjelm, russ. k. General-Lieutenant."

## Schweiz.

**Schaffhausen**, 21. Juli. Heute morgen hat sich ein Theil der Reichsarmee in unserer Nähe eine Gebietsverletzung zu Schulden kommen lassen, die sehr unangenehme Folgen nach sich ziehen kann. Eine Stunde oberhalb Schaffhausen liegt das von diesem Kanton auf drei Seiten umschlossene badische Dörfchen Büsingen, welches auf der vierten Seite an den Rhein stößt. Zweihundert Hessen nun schifften sich die letzte Nacht um 12 Uhr auf dem Dämpfer ein, passirten die Brücke bei dem von Truppen entblößten Schaffhauser Städtchen Stein, und fuhren auf dem zwischen Gailingen und Büsingen ausschließlich schweizerischen Rhein, um an dem letzteren Orte die gewohnten Verhaftungen vorzunehmen, obgleich sich Büsingen an den Vorgängen der letzten Wochen durchaus nicht betheiligt hat. Der schweizerische Truppenkommandant in Dießenhofen läßt nun das Dampfschiff nicht wieder zurück? Was ist aber damit gewonnen? Im Falle der Noth werden die Hessen keinen Anstand nehmen,

sich durch das schaffhausische Dörflingen auf badisches Gebiet zurückzuziehen, und so eine zweite Gebietsverletzung zu begehen. (D. Z.)

## Italien.

** [Römische Angelegenheiten.] Endlich erhalten wir auch die Details über die Restauration der päpstlichen Gewalt in Rom. Wir theilen daraus Folgendes mit: „Am 15. hat die Wiederherstellung der päpstlichen Herrschaft unter großen Feierlichkeiten stattgefunden. Hundert Kanonenschüsse vom Fort St. Angelo kündeten um 4 Uhr das Fest an, und die päpstliche Fahne wurde sofort aufgepflanzt. Das Fest war eines der glänzendsten. Die Massen der Bevölkerung drängten sich auf dem Wege des Generals Oudinot. „„Es lebe Frankreich! es leben die befreienden Franzosen! — es lebe Oudinot! — es lebe Pius IX.!““ Dies waren die von den Massen ausgestoßenen Geschreie. In den Vierteln, welche die Truppen durchzogen, regnete es von Blumen, welche die Damen aus den Fenstern den Soldaten zuwarfen; namentlich war General Oudinot der Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit. Auf dem Petersplatz stieg der General vom Pferde, um sich in die Kirche zu begeben; aber die enthusiastische Menge ließ ihn nicht gehen, und er wurde im Triumphe bis an die Schwelle der Kirche getragen. Abends war die Stadt glänzend erleuchtet. In Civita-Vecchia fand ebenfalls ein Fest statt, doch zeigte die Bevölkerung daselbst nicht dieselbe Begeisterung wie in Rom.“ — Solches berichtet der „Marseiller Nouvelliste.“ — Noch schwungreicher und ausführlicher berichtet der „Marseiller Kourrier“ über das Fest. In einer vom General Oudinot erlassenen Proklamation heißt es: „Indem Frankreich heute in der Hauptstadt der christlichen Welt die Souveränetät des Oberhauptes der Kirche wieder hergestellt, erfüllt es die heißen Wünsche der katholischen Welt. Seit seinem Regierungsantritt hat der erlauchte Pius Beweise der edelsten Gefühle gegeben, von denen er für sein Volk durchdrungen ist. Der souveräne Kirchenfürst würdigt Eure Wünsche, Eure Bedürfnisse; — Frankreich weiß es. Euer Vertrauen wird nicht getäuscht werden.“ — Die römische Municipalität hat ihre Demission eingereicht, worauf Oudinot eine Municipal-Kommissinn von 16 Mitgliedern ernannte. — Bei Gelegenheit der Feier des 15. gab Oudinot allen gefangenen römischen Offizieren die Freiheit wieder. — Aus Marseille wird noch gemeldet, daß neue Verstärkungs-Truppen nach Italien abgehen werden. Zu welchem Zwecke ist bis jetzt unbekannt.

## Frankreich.

+ Paris, 23. Juli. [National-Versammlung. — Der Präsident der Republik in Hamm. — Verschiedenes.] Die Diskussion über das Preßgesetz wurde heute in der National-Versammlung fortgesetzt und zwar wie vorgestern unter großem Andrange des Publikums. Es ist wenig Neues gesagt worden, sowohl von Seiten des Angriffs als der Vertheidigung. Hr. Grevy will die Aufrechthaltung der Freiheit; Hr. Dufaure will keine Willkühr, den Insinuationen auf Despotismus wird damit geantwortet, indem man an die Aufrufe zu den Waffen und der Insurrektiou erinnert. Einen Augenblick glaubte man, daß die Diskussion sich über das Gewöhnliche erheben werde, als sich nämlich Thiers nach der Tribüne begab. Aber Nettement, der davor erschrak, nach dem berühmten Redner aufzutreten, wagte es nicht, demselben das Wort zu überlassen, und die allgemeine Aufmerksamkeit wurde getäuscht. Wahrscheinlich wird Thiers Morgen das Wort ergreifen. — Die Exkursion des Präsidenten der Republik nach Ham gab heute in den Sälen der National-Versammlung zu ernstlichen Gesprächen Veranlassung. Der Präsident, empfangen mit dem Rufe: „Es lebe der Kaiser!“ sagte unter Anderem folgende charakteristische Phrase: **„Ich wollte diesen Ort wieder sehen, und ich fühle mich glücklich hier sechs Jahre der Gefangenschaft erduldet zu haben, weil ich die Kühnheit hatte, ein Gouvernement stürzen zu wollen.“** Unter der Begleitung des Präsidenten befand sich auch der Prokurator der Republik, zu dem jener ganz heiter sagte: „Ich bemühe Sie mit der Reise nach Ham, aber mit der Bedingung, daß Sie mich daselbst nicht zurückhalten.“ — Die mysteriösen Phrasen der Oppositionsblätter und noch mehrere Reisepläne des Präsidenten geben zu vielen Commentaren Veranlassung, die alle einen 18. Brumaire prophezeihen. — Die äußerste Linke hat sich gespalten; ein beträchtlicher Theil derselben erklärt sich offen für die Rückkehr zur constitutionellen Opposition und will all den Gewaltmaßregeln entsagen, welche seit dem Februar 1848 dem Berg als Tradition gedient haben. Dieser Theil will nun sogar ein neues Manifest veröffentlichen, welches die Trennung vom Sozialismus verkünden soll; ein anderer Theil widersetzt sich diesem Farbenwechsel und will auf dem extremen Prinzip beharren; mögen die Eventualitäten sein, wie sie wollen. Es wird hieraus wahrscheinlich eine vollständige Trennung der Linken entstehen. — Es wird versichert, daß das Gouvernement strenge Maßregeln gegen die ausländischen Flüchtlinge ergriffen hat. Achtzig Polen haben Befehl erhalten, Paris binnen 24 Stunden und Frankreich innerhalb 3 Tage zu verlassen. Dreißig sind bereits heute abgereist. — Man will wissen, daß der General-Prokurator ein neues Verhaftungsgesuch gegen drei Deputirte der Kammer überreichen wird. — In Montauban ist am 19. Juli eine mysteriöse Person gefangen eingebracht worden, die allem Anscheine nach einem hohen Kreise angehört.

---

# Lokales und Provinzielles.

§ Breslau, 26. Juli. [Kandidaten für die zweite Kammer.] Die Wahlmänner der innern Stadt hatten unter sich das Abkommen getroffen, einen dem Handwerker- und einen dem Kaufmanns- oder Beamtenstande angehörigen Deputirten für die zweite Kammer zu wahlen. Dieser Antrag hatte zwar lebhaften Widerspruch erfahren, ist aber zuletzt dennoch durchgedrungen. In den Vorversammlungen wurden, wie bereits gemeldet, außer vielen Andern die Herren Gräff und Rösler zu Kandidaten designirt. Da Letzterer auf die Kandidatur verzichtete, so trat der Wagenbauer Streicher an dessen Stelle; eine bedeutende Fraktion gedachte auch den mit den gewerblichen Interessen sehr vertrauten Direktor Lewald zu wählen. Somit hatten nun die genannten Herren in dem betreffenden Wahlbezirk die meisten Chancen für sich, bis mit der gestrigen Zusammenkunft die Dinge eine ganz andere Wendung nahmen. Herr Möcke, durch seine Thätigkeit im Central-Handwerkerverein bekannt, wurde durch einen schriftlich motivirten Antrag des Wahlmanns Lieutenant von Kalkstein der Versammlung zum Kandidaten empfohlen. Zu seinen Gunsten resignirte Wagenbauer Streicher, mit dem Bemerken, daß er jenen für befähigter halte, die ihm zugedachte Deputirtenstelle auszufüllen; auch Herr Löschburg sprach Ersterem das Wort. Herr Möcke hielt nun einen ausführlichen Vortrag über die Interessen des Handwerkerstandes mit Bezug auf den gegenwärtigen Stand der politischen Verhältnisse. Herr Dr. Grätzer verlas eine von Herrn Gräff zurückgelassene Ansprache an die Versammlung. Herr Klocke, der als Bewerber aus dem Kaufmannsstande auftrat, berief sich auf seine offen daliegende vieljährige Thätigkeit als Bürger der hiesigen Stadt und hielt es daher für unnöthig, ein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen. Der Antrag, daß sofort zu einer Abstimmung geschritten werde, wurde stark bekämpft, da man vorher noch eine vollzählige Versammlung des Wahlkörpers anberaumen wollte, um das Urtheil der Abwesenden nicht zu präokkupiren. — Als der Antrag aber dennoch zum Beschluß erhoben wurde, verließ ein Theil der Wahlmänner den Saal. Anwesend waren etwa 170 Wähler; die vorläufige Abstimmung ergab für Hrn. Möcke 152, für Hrn. Klocke 125 und für Hrn. Gräff 58 Stimmen. Mehrere Stimmen zersplitterten sich. Somit sind die Herren Möcke und Klocke zu Kandidaten für die Deputirtenstellen Breslaus designirt. Da jedoch gegen 100 Mitglieder des Wahlbezirks bei der vorläufigen Abstimmung fehlten, so kann natürlich der Beschluß der gestrigen Wahlmänner-Versammlung in dem entscheidenden Augenblicke des Wahlaktes noch eine Aenderung erfahren.

---

X Reichenstein, im Juli. [Die goldhaltigen Arsenik-Abbrände. Die Wissenschaft hat in den letzten drei Jahren auch die hiesigen goldhaltigen Arsenik-Abbrände in das Bereich ihrer umfassenden Thätigkeit gezogen, Hoffnungen erweckt, Erfolge in Aussicht gestellt, die seit Jahrhunderten nicht geahnet wurden. Das Gold in den hiesigen Arsenik-Erzen, sein Uebergang in die nach erfolgter Arsenik-Gewinnung verbliebenen Rückstände der sogenannten rothen Schlichen (Arsenik-Abbrände) war zuletzt in dem sechszehnten Jahrhundert Veranlassung bedeutender Förderungs-Arbeiten, welche, wie eine alte Münzrechnung von 1544 bekundet, durch Ausbringung und Prägung von über Ein und zwanzig Tausend Stück Dukaten ihren Höhepunkt erreicht hatten. Im Anfange dieses Jahrhunderts wurde die Hoffnung für eine vortheilhafte Ausbringung des Goldes aus gedachten Abbränden die Veranlassung vielfacher Versuche, bei denen die königlichen Bergbeamten Zobel und Mentzel, die solche theils auf den Amalgamirwerken Ungarns, theils durch verschiedene Zuschläge im trockenen Wege anstellten, zu erwähnen für Pflicht erachtet werden muß. Was die Amalgamations- (Verquickung-) Methode anbelangt, so waren die Versuche fruchtlos. Die nothwendige Anwendung von bedeutenden Bleimassen bei dem von Mentzel vorgezeichneten Wege verbot sich bei Mangel nahbelegener Bleigruben. Die Absicht, im Jahre 1847 einen Aktienverein behufs bergordnungsmäßiger Aufsuchung von Bleierzen und sodanniger Entgoldung der Arsenik-Abbrände, nachdem ein desfallsiger Schürfschein für Blei in Silberberg nachgesucht und ertheilt worden, mußte in Erwägung der eingetretenen politischen Umwälzungen aufgegeben werden. Diese Absicht ist aber die unmittelbarste Veranlassung, daß die Entgoldungs-Versuche lebhafter aufgenommen, solchen erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet und dem Professor Plattner in Freiberg gebührt das unbestrittene Verdienst, zuerst nachgewiesen zu haben, daß der das Gold lösende Chlor auch im Stande sei, solches den mehrerwähnten Abbränden zu entziehen. Dieses Resultat gab für Lösung der Entgoldungsfrage ein neues noch unbenutztes Bett, der frühere Rettungsanker, das Blei mit seinem entgoldenden Vermögen, trat in den Hintergrund, und nur kurze Zeit währte es, so bewies Herr Hüttenmeister Lange aus Tarnowitz im Auftrage des königl. Ministeriums für Handel, Gewerbe und Arbeiten in Folge unausgesetzter Thätigkeit, daß die Entgoldung der Arsenik-Abbrände ausführbar, daß sie vortheilhaft und daß, wie aus seinem mit vielem Fleiße und vieler Umsicht gefertigten Bericht zu ersehen, mit Entgoldung das Vermögen und der Besitz der hiesigen Stadtgemeinde in nicht unbedeutendem Umfange gemehrt werden kann. Es hat ferner die Erfahrung die Anwendung von unmittelbar frisch bereitetem Chlorwasser verdrängt, und den Platz hierfür nimmt Chlorwasser aus Chlorkalk, Salzsäure und Wasser dergestallt ein, wo durch den aus einer unausgesetzten unmittelbaren Chlorwässer-Bereitung folgenden nachtheiligen Einflüssen auf die Gesundheit der Arbeiter wesentlich vorgebeugt wird. Mit der gedachten leichtern Anwendung von Chlorwasser verbindet sich ein ebenfalls leicht darzustellendes und sicheres Fällungsmittel, der sogenannte Schwefel-Wasserstoff. Der aus der goldhaltigen Flüssigkeit hierdurch gewonnene Niederschlag wird in gewöhnlicher Weise geglüht und das Gold mit Blei abgetrieben. Ob überhaupt nachhaltig Schwefel-Wasserstoff durch ein noch einfacheres metallisches Fällungsmittel insbesondere durch Arsen zu verdrängen sein wird, werden die Versuche des hier anwesenden Bergbeflissenen Websky: der die Bearbeitung dieses Theiles der gesammten Goldfrage mit Interesse in umsichtige Erwägung genommen in nächster Zeit darthun. Alle Versuche gaben in Betreff des quantitativen Goldgehaltes nachstehende Resultate. Aus dem Centner Abbrände der Betriebszeit von 1831 ab angehörend werden $1/9$ bis $1/10$ Loth, aus der Zeit von 1831 bis 1807 $1/11$ Loth und aus denen vor 1807 $1/12$ Loth Gold bei Anwendung von 3 bis 4 Pfund Chlorkalk auf den Centner auszubringen sein. Zum Zweck der Berechnung für den Betrieb im Großen hat der Hr. Hüttenmeister Lange in dem desfallsigen Wirthschafts-Plan die durchschnittliche Ausbringung für den Centner auf nur $1/15$ Loth angenommen, eine Menge, die bei richtiger Würdigung aller in Erwägung kommender Verhältnisse doch wohl zu niedrig sein dürfte. Es ist die jährliche Verarbeitung von viertausend und fünfhundert Centner Abbrände, mithin die Ausbringung von dreihundert Loth Gold im Werthe von fast viertausend Thalern angenommen. Diese Ausbringung kann ohne wesentliche Mehrkosten auf die Höhe von achttausend Thalern gebracht werden. Werden von dem nur mäßigen Anlage-Kapital die Zinsen, Abnutzung des Hüttengebäudes und der Utensilien überhaupt alle Ausbringungskosten möglichst hoch angenommen, so ergiebt sich bei nur $1/15$ Loth ein Reinertrag auf den Centner von $6\frac{2}{3}$ Sgr., als Zuschuß zu den Haushaltskosten hiesiger Gemeinde. Die Frage, betreffend die Art und Weise der Ausführung der Entgeltung, ob solche von der Stadtgemeinde selbst erfolgen wird, oder ob unter Feststellung bestimmter Grundsätze zu dem Verkauf der Abbrände an Einzelne oder einen zu bildenden Aktien-Verein, der mit einem Kapital von höchstens zehntausend Thalern ins Leben treten könnte, geschritten werden wird, soll noch entschieden werden. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß einerseits durch den Verkauf der Abbrände für die Stadtgemeinde die Vortheile am schnellsten hervortreten und andererseits von den Käufern das gesammte Unternehmen mit solchem Interesse gepflegt werden wird, welches diesen nicht unbedeutende Vortheile gewähren dürfte.

---

Oppeln, 22. Juli. Am 16. d. M. ist der Häusler Jakob Faltin aus Dambinietz im Bierdzaner Forstrevier durch einen Kugelschuß dermaßen verwundet worden, daß er schon nach einem Tage starb. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat dieses Verbrechen wiederum seinen Grund in verübtem Holzdiebstahle, und soll der Thäter ein Forstschutzbeamter gewesen sein. — Es ist dies nun in wenig Wochen der dritte solche Fall in hiesiger Gegend, und es wäre demnach wohl zu wünschen, daß einestheils solche Uebergriffe im Waffengebrauch streng geahndet würden, anderntheils aber auch jeder entdeckte Waldfrevel auf das Allerschärfste bestraft werde. (B.-Fr.)

# Mannigfaltiges.

London. [Die Offizin der Times.] Tief in der City, von sehr winkligen Straßen, in denen sich zwei Wagen kaum ausweichen können, enge eingeschlossen, liegt ein kleiner Platz, der Printing-Square.

Die kleinen Gebäude, die ihn bilden, sind die Offizin des Journals, das an Einfluß und Reichthum seines Gleichen in der Welt nicht hat. Eine Marmortafel über dem Haupteingange, von einer Anzahl von Banquiers und Kaufleuten der City geschenkt, erinnert an die glückliche Entdeckung eines großen Betruges, dessen Urheber die Times mit bedeutenden Kosten herausfand und dadurch großen Verlust von der Kaufmannswelt abwandte. Tritt man ein, so erblickt man ein seltenes Schauspiel menschlicher Geschäftigkeit, die von in ihrer Art einzigen Maschinen unterstützt wird. — Die Times macht in der Regel zwei, bisweilen auch drei Auflagen des Tages, ausnahmsweise, z. B. zur Zeit der Februar-Revolution, wohl auch vier, ja fünf Auflagen. Jede Nummer ist meistens anderthalb Bogen stark, von denen der halbe Bogen und ein Theil des ganzen mit Annoncen ausgefüllt sind, durchschnittlich 30 Spalten in Summa. In dieser Beziehung ist der Andrang so stark, daß immer ein Theil der Inserate zurückgelegt werden muß. Sie erscheint täglich, mit Ausnahme des Sonntags. Die Times hat gegenwärtig ein Abonnement von 36,000 Exemplaren; an Tagen, an welchen interessante Parlamentssitzungen stattgefunden, ist die Auflage um etwa 1000 Exemplare stärker; an dem Tage, an welchem der Mörder Rush seine Vertheidigungsrede hielt, zog die Times 9000 Exemplare mehr ab. — In der Offizin arbeiten 200 Menschen. Der Setzer bekommt für 1000 Buchstaben 3 Sh. 9 Pence. Ist er fleißig, so kann er an einem Tage eine Spalte setzen und 15 Sh. (etwa 5 preuß. Thaler) verdienen. Das Papier wird von mehreren Mühlen geschafft, der Lieferant ist Miteigenthümer der Times. Jeder Bogen wird zuerst in Sommersethouse gestempelt, wofür 1 Penny an den Staat gezahlt wird. Für diesen Stempel zahlt die Times, da sie täglich anderthalb Bogen giebt, 72,000 Pence, d. h. 300 Pfd. St. täglich und 93,900 Pfd. St. (657,000 pr. Thlr.) im Jahre. Ein Vorrath von 150,000 gestempelten Bogen liegt jederzeit in dem Papierkeller und mit deren Anfeuchtung sind 6 Menschen unablässig beschäftigt. Dieser Vorrath reicht immer für 4 bis 5 Tage aus. Außerdem bezahlt das Journal an den Staat für jede Annonce 1 Sh. Sixpence (etwa ½ preuß. Thlr.) Man sieht, daß die Abgaben der Journale zu den einträglichsten Revenüen gehören, die die britische Regierung hat. Die Maschinen der Times sind doppelter Art; die kleineren liefern in der Stunde 4800 Bogen, die auf beiden Seiten bedruckt sind; in ihnen bewegt sich der Satz horizontal. Außerdem arbeiten noch zwei große Maschinen, in denen der Satz einen Cylinder bekleidet, der, indem er seine Bahn beschreibt, 8 Bogenseiten bedruckt. Jede dieser Maschinen, von denen die zweite erst seit 8 Tagen aufgestellt ist, bedruckt 9600 Bogenseiten in der Stunde und könnte noch mehr liefern, wenn es auf die Dauer möglich wäre, sie so schnell mit Papier zu bedienen. Der Erbauer dieser ingeniösen Maschine ist Herr Apelgath; die Eigenthümer der Times hatten keinen Kontrakt mit ihm gemacht, sondern zahlten ihm, was er forderte, wofür er die Herstellung und stete Vervollkommnung der am schnellsten arbeitenden Pressen übernahm. Sie werden von einer Dampfmaschine von 12 Pferdekraft (einer sogenannten Disk-Engine von Bishop) in Bewegung gesetzt, während für die kleineren eine Maschine von 4 Pferdekraft hinreicht. Der Ansicht, die man in Deutschland öfter hört, daß die Cylindermaschine die Typen schneller abnutze, wird von den Faktoren der Times entschieden widersprochen; sie finden im Gegentheil, daß die horizontalen Maschinen mehr Lettern konsumiren. Es ist auch der Versuch gemacht, 12,000 Bogen in der Stunde auf den Cylindermaschinen zu drucken; aber dieser Versuch griff das Personal in hohem und die Maschine in gefährlichem Grade an. Das Budget der Times beträgt eine Summe, die genau zu bestimmen seine Schwierigkeiten hat; aber groß genug wird es sein, um, wie versichert wird, einen Korrespondenten in Aden am Eingang des rothen Meeres mit 1000 Pfd. Sterl. jährlich zu besolden, und einen eigenen electr. Telegraphen nach Liverpool zu bauen.

### Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 8. bis 14. Juli d. J. 15823 Personen und 39638 Rltr. 20 Sg. 11 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport ꝛc. vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrole.

# Inserate.

### Bekanntmachung.

Die beiden Schiffsschleusen in Breslau müssen wegen nothwendiger Instandsetzungen vom 6. August d. J. früh Morgens ab, bis zum 18ten desselben Monats Abends, für die Schifffahrt gesperrt werden.

Breslau, den 22. Juli 1849.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

---

Von gestern Mittag bis heute Mittag sind an der **Cholera** 3 Personen als erkrankt, 2 als gestorben, und 1 Person als genesen amtlich gemeldet worden.

Beim Militär hat sich seit gestern nichts geändert.

Breslau, den 26. Juli 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

---

**Breslau**, 26. Juli. Der Vorstand der hiesigen jüdischen Cultusgemeinde hat sämmtlichen Mitgliedern einen von Hrn. Rabbiner Dr. Geiger ausgearbeiteten Plan zu einem neuen Gebetbuche zugefertigt, über welchen ich hier einige Worte sprechen will. Der Plan glaubt allen Parteien zu genügen, befriedigt aber keine einzige, denn während die Orthodoxen von der Einrichtung eines neuen Gottesdienstes gar nichts wissen wollen, kümmern sich die Radikalen um gar keine Form, und es wäre also nur die zwischen diesen beiden Extremen liegende Partei für die Reformation des bestehenden Gebetes gestimmt, doch keineswegs in jener umwälzenden Art, wie sie Hr. Dr. Geiger vorzunehmen beabsichtigt. Ein vierwöchentlicher Sonntagsgottesdienst, so sehr ihn auch der Verfasser rechtfertigt, und nur gleichgültig behandelt, würde auch sie beunruhigen, und mit allem Rechte diesen alle vier Wochen erscheinenden Doppelgänger als einen gefährlichen Nebenbuhler fürchten lassen. Ebenso wird die deutsche Sprache beim Gebete ihnen lange das nicht ersetzen, was ihnen durch Entziehung der hebräischen Sprache verleidet wird. Sie, die Sprache der Bibel und unserer Propheten, ist noch immer uns zum Ausdrucke unserer Wünsche gegen Gott fähig, darum wollen auch wir sie noch in unsern Tempeln fortleben lassen, und unsere ewige Verehrung, auf die sie Anspruch hat, dadurch an den Tag legen. Uebrigens ist uns ein längerer Artikel in dem nächsten Julihefte der Schlesischen Provinzial-Blätter in Aussicht gestellt, und wir erwarten, daß die Mitglieder bei ihrer Abstimmung über diesen wichtigen Gegenstand nicht theilnahmlos bleiben werden.

---

### Theater-Nachricht.

Freitag. Fünfzehntes Gastspiel des Herrn Philipp Grobecker und achtes Gastspiel des Fräulein Mehr, Mitglieder des Königstädter Theaters zu Berlin. Zum zweiten Male: **Prolog**, gesprochen von Herrn Philipp Grobecker. — Hierauf, zum 8ten Male: **„Berlin bei Nacht."** (Mit neuen Einlagen) Posse mit Gesang in 3 Akten von D. Kalisch. Musik theils neu komponirt, theils nach bekannten Melodien arrangirt von F. W. Meyer. Dietrich Fischer, Herr Philipp Grobecker. Pauline, Fräulein Mehr. — Einlagen im ersten Akt: 1) „Sehnsucht nach Californien", komisches Duett, vorgetragen von Fräul. Mehr und Herrn Grobecker; 2) „Berliner Redensarten", vorgetragen von Fräulein Mehr und Herrn Grobecker. Einlage im zweiten Akt: „Mir liegt die Zeit im Magen", vorgetragen von Herrn Grobecker. Einlage im dritten Akt: „Gott, wie moger", komisches Lied, vorgetragen von Herrn Stotz. Die neuen Arrangements im großen Zuge sind nach Zeichnungen des Herrn W. Scholz in Berlin.

Sonnabend: **„Die Jüdin."** Große Oper mit Tanz in 4 Akten, Musik von Halevy. Eleasar, Herr Weiß, vom großherzogl. Hoftheater in Strelitz, als Gast.

---

### Entbindungs-Anzeige.

Die am 24. Juli erfolgte glückliche Entbindung seiner Frau, Elise, geb. v. Blottnitz, von einem gesunden Mädchen, zeigt, statt besonderer Meldung, allen Verwandten und Bekannten hierdurch ergebenst an:

Le Bauld de Nans,
Lieut. u. Adjutant 1. Bat. 10. Ldw.-Regts.

---

### Todes-Anzeige.

Gestern Mittag vollendete in Salzbrunn unsere inniggeliebte Frau, Mutter und Schwester, Pauline, geb. Otto, nach vielen Leiden an der Wassersucht in dem Alter von 39 Jahren ihr für uns so theures Leben. Verwandten und Freunden widmen wir diese Anzeige.

Breslau, den 26. Juli 1849.

Friedr. Littmann, als Gatte.
Pauline und Ottilie, als Kinder.
Friedr. Otto, als Bruder.

---

### Todes-Anzeige.

Nach langen Leiden folgte gestern früh um 9 Uhr in ein besseres Jenseits ihrem am 5. Juni d. J. dahingeschiedenen Vater, dem Kaufmann Jakob Benjamin Rüger, dessen älteste Tochter Fräulein Charlotte Louise Rüger in einem Alter von 42 Jahren, 11 Monaten, 19 Tagen. Allen Verwandten und Freunden widmen diese Anzeige:

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Breslau, den 25. Juli 1849.

---

### Todes-Anzeige.

Das nach langen Leiden am 22. d. M. am hiesigen Orte erfolgte Dahinscheiden meiner innigst geliebten Frau Julie, geborenen Casten, zeige ich, statt besonderer Meldung, ergebenst an.

Bad Landeck, 24. Juli 1849.

Dr. Bender aus Pleschen.

---

### Todes-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.)

Das nach langen Leiden am gestrigen Tage erfolgte sanfte Hinscheiden der Frau Kanzlei-Inspektor Friederike Schadenberg, geb. Laßmann, zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme hierdurch ergebenst an:

Die Hinterbliebenen.
Breslau, den 26. Juli 1849.

---

### Todes-Anzeige.

Am 25. d. M. früh ¼3 Uhr starb an den Folgen eines nervösen Schleimfiebers in der kräftigsten Blüthe des Mannesalters unser innig und heißgeliebter Gatte, Bruder und Schwager, der Bezirks-Schornsteinfegermeister und Inhaber des allgemeinen Ehrenzeichens, Ferdinand Keller, hierselbst. Unser Schmerz über den uns betroffenen herben Verlust ist unbegrenzt. Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, allen seinen zahlreichen Freunden und Bekannten in der Nähe und Ferne diese ergebenste Anzeige, statt besonderer Meldung, zu widmen.

Schweidnitz, den 25. Juli 1849.

Die Hinterbliebenen.

---

### Danksagung.

Allen Denen, welche bei der am 25. d. M. stattgefundenen Beerdigung meines Mannes, des Fleischer-Meisters Traugott Hochmuth, ihre innige Theilnahme bewiesen haben; so wie besonders den verehrlichen Mitgliedern des berittenen Bürgerwehr-Korps, die sich namentlich so zahlreich versammelt hatten, erlaube ich mir, meinen herzlichsten Dank hiermit ganz ergebenst abzustatten.

Die tiefbetrübte Wittwe
im Namen sämmtl. Hinterbliebenen.

---



---

Ich habe mich hier als Arzt niedergelassen. — Brieg, den 25. Juli 1849.

Dr. E. Meyer,
praktischer Arzt und Wundarzt.

---

### Dringendes Gesuch an die hochwürdigen Pfarrämter Schlesiens.

In den Jahren 1746—1754 soll in Schlesien ein gewisser Christian Heyde, und in den Jahren 1730—1760 ein gewisser Karl Friedrich Heyde geboren sein, und werden alle hochw. Pfarrämter dringend ersucht, deshalb in den betreffenden Taufregistern nachschlagen und bezügliche Mittheilungen an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. In dem erwünschten und höchst wahrscheinlichen Falle, daß die Obengenannten Brüder waren, daß namentlich Christian Heyde einen Zwillingsbruder Namens Johann Friedrich hatte, und diese Söhne des weil. Martin Heyde sind, wird für gehabte Mühwaltung eine Gratifikation von **100 Rtl.** zugesichert.

Breslau, den 25. Juli 1849.

**J. A. Hoffmann,**
Vorwerksstraße 1.

---

**Heute, Freitag, den 27. Juli**
in der **Aula-Leopoldina** der königlichen Universität, Abend 6 Uhr

## großes Vocal- und Instrumental-Konzert

zum Besten der zurückgebliebenen Familien der ausgerückten Landwehrmänner, gegeben vom Konzertmeister Herrn **J. Rudersdorff**, unterstützt durch die Frau **Dr. Küchenmeister**, welche vor ihrer Abreise nach Hamburg die Güte hat, in diesem Konzert noch einmal zu singen, ferner durch den Tenoristen Herrn **Weiß** vom großherzoglichen Hoftheater zu Strelitz, dem Herrn **Könnemann**, Hofmusikus des Fürsten von Hohenlohe-Oehringen, dem Pianisten Herrn **Wagener** und der Kapelle des wohllöblichen ersten Kürassier-Regiments.

**Programm.**

Erste Abtheilung:

1) Festmarsch, ausgeführt von der Kapelle des wohllöbl. 1. Kürassier-Regiments.
2) Duett für Pianoforte und Violine von Thalberg und de Beriot, vorgetragen von den Herren Wagener und Rudersdorff.
3) Arie aus der Oper: Lucia di Lammermore, von Donizetti, gesungen von Frau Dr. Küchenmeister.
4) Fantasie Brillante für die Violine, componirt und vorgetragen von Hrn. Rudersdorff.
5) Lieder, gesungen von Herrn Weiß.
6) Lieder: a. Liebesbotschaft von F. Schubert und b. auf Flügeln des Gesanges, componirt und gesungen von Frau Dr. Küchenmeister.

Zweite Abtheilung:

1) Introduktion aus der Oper: die Belagerung von Corinth, aufgeführt von der Kapelle des wohllöbl. 1. Kürassier-Reg.
2) Fantasie für das Pianoforte, vorgetragen von Herrn Wagener.
3) Die Bettlerin, Romanze aus der neuen Oper: der Prophet von G. Meyerbeer, vorgetragen von Frau Dr. Küchenmeister.
4) Divertissement für die Oboe, componirt und vorgetragen von Hrn. Könnemann.
5) Auf Verlangen: der Carneval von Venedig, burleske Variationen für die Violine, vorgetragen von Herrn Rudersdorff.
6) a. John Anderson my Jo. Schottisches Volkslied, und b. Barcarole von Donizetti, gesungen von Frau Dr. Küchenmeister.

Herr Studiosus Scheibel hat die Güte, die Gesang- und Solo-Piecen am Pianoforte zu begleiten.

Eintrittskarten für den numerirten Platz à 15 Sgr. und andere à 10 Sgr., sind nur in der königl. Hof-Musikalien-Handlung der Herren **Ed. Bote u. G. Bock** zu haben.

Kassenpreis 20 und 15 Sgr.

Die Kasse wird um 5 Uhr geöffnet.

**Das Comité**
**zur Unterstützung der Familien ausgerückter Landwehrmänner.**

---

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 36 der neuen Weltgasse belegenen, dem Tischlermeister Robert Völker gehörigen, auf 13035 Rtl. 9 Sgr. 3 Pf. geschätzten Hauses, haben wir einen Termin auf

**den 31. August 1849, Vormittags 10 Uhr,**

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 23. Januar 1849.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

---

**Bekanntmachung.**

Folgende, von dem Baurath Knorr der Stiftung für Zimmer- und Maurer-Polirer vermachte Gegenstände:

ein großes und ein kleines Positiv, ein Leicht'scher Flügel von Mahagony, ein Rokokko-Schub und zwei Bücher-Schränke,

sollen **Freitag den 3. August d. J.** Nachmittags 4 Uhr in dem Rimbergshofe gegen sofortige Zahlung versteigert werden.

Wegen Besichtigung der Gegenstände wolle man sich bei Herrn Maurermeister Dobe, früh von 8 bis 9 Uhr melden.

Breslau, den 25. Juli 1849.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

---

**Bekanntmachung.**

Die Maurer-Arbeiten Behufs Erbauung eines neuen Gebäudes für das Kinderhospital zum heiligen Grabe, sollen im Wege des Mindergebots Montag den **30. d. Mts.**, Nachmittags 4 Uhr, im rathhäuslichen Fürstensaale vergeben werden. Anschlag und Bedingungen sind in der Dienerstube des Rathhauses zur Kenntnißnahme ausgelegt.

Breslau, den 24. Juli 1849.

**Die Stadt-Baudeputation.**

---

**Auktion eines Wagenpferdes.**

Montag den 30. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr, soll aus dem Medizinal-Rath Hanke-schen Nachlaß ein Wagenpferd Ohlauer Stadtgraben Nr. 1 gegen baare Zahlung versteigert werden. **Hertel**, Kommissionsrath.

---

# Liebich's Garten.

Heute, den 27. Juli:

# Großes Konzert.

---

# Gasthaus-Verkauf.

Wegen vorgerückten Alters und Familienverhältnissen habe ich mich zum alsbaldigen Verkaufe meines am hiesigen Marktplatze gelegenen und dem geschäftstreibenden Publikum hinreichend bekannten Gasthauses zum **goldenen Hirsch** entschlossen. Dasselbe enthält 9 Gastzimmer und Stallung für wenigstens 50 Pferde, und kann mit dem vollständigen Inventarium unter sehr vortheilhaften Bedingungen sofort übernommen werden. Die günstige Lage der Stadt an sechs hier einmündenden Chausseen und zwei Eisenbahnen, die starke Frequenz der hiesigen wöchentlichen Getreide- und Garnmärkte bedarf keiner weiteren Empfehlung. Frankirte Anfragen ohne Unterhändler wird der unterzeichnete Eigenthümer prompt beantworten.

**Löbau**, in der königl. sächs. Oberlausitz.

**Georg Nitschmann.**

---

Ein bestens empfohlener tüchtiger Brennerei-Inspektor, der gleichzeitig Brauer aller Arten Bier aus Malz, so wie auch aus Kartoffeln, ist und gediegene Kenntnisse der Destillation besitzt, und außerdem mit der landwirthschaftlichen Buch- und Kassenführung vollkommen vertraut ist, sucht Stellung zur nächsten Brenn-Periode. Nähere Auskunft ertheilt der Destillateur Herr Wildenheyn zu Berlin, Friedrichsstraße Nr. 113.

---

# Gleiwitzer Kochgeschirr

verkaufen am Wohlfeilsten!

## Küchenausgüsse,

Pferdekrippen, Raufen, Bratröhre, Koch- und Brat-Oefen, Mörser, Grapen, Kessel, Ofenwannen, Ofentöpfe, Schinkenkessel, Milchasche, Theekessel, Waffelkuchen-Eisen, Kasseroll-Einfassungen, Dreifüße, Fußkratzen, Platt-Oefen,

## Grabkreuze, Gitter,

Gruftplatten, Monumente,

## Kruzifixe u. Altarleuchter

empfehlen zu den, in Gleiwitz feststehenden Preisen:

**Hübner u. Sohn**, Ring 35, 1 Treppe.

Wiederverkäufer erhalten einen zufriedenstellenden Rabatt.

---

# Frisches Rehwild

offerirt billigst: **Seeliger**, Neumarkt 45.

---

# Fertige Särge,

von eichen und kiefern Holz, sind in jeder Größe billigst zu haben Sandstraße 6, beim Tischlermeister **J. Schorske.**

---

Zum **Fleisch- und Wurst-Ausschieben** auf morgen, Sonnabend den 28. Juli, ladet ergebenst ein: **Haertel**, Kleine-Groschengasse 18.

---

**Gesuch.** Ein junger starker Mensch vom Lande, mit guten Zeugnissen versehen, sucht bald oder zum 1. August als Haushälter oder Kutscher ein Unterkommen. Zu erfragen Ursulinerstraße 12, 1 Treppe.

---

Ein **Brillantring** mit schwerer Einfassung ist verloren gegangen. Es wird vor dessen Ankauf gewarnt und dem ehrlichen Finder eine angemessene Belohnung, Ring Nr. 19, im Laden, zugesichert.

---

## Frischen fließenden Kaviar

empfing gestern und empfiehlt:

**Karl Straka,**

Albrechtsstr. 39, der königl. Bank gegenüber.

---

## Frischen fließenden Kaviar

empfing gestern und empfiehlt:

**Herrmann Straka,**

Dorotheen- und Junkernstraßen-Ecke Nr. 33.

---

## Frische Rehvorderkeulen,

das Stück 6 Sgr., empfiehlt: **Frühling**, Wildhändlerin, Ring 26, im goldenen Becher.

---

Eine Wohnung von 2 Stuben, Alkove nebst Beigelaß ist Klosterstr. Nr. 57 im ersten Stock zu vermiethen und Michaelis zu beziehen.

---

**Zu vermiethen**

ist Salvator-Platz Nr. 6 eine elegant eingerichtete Wohnung in der ersten Etage, bestehend aus 6 meist großen Stuben, Küche und Beigelaß nebst Gartenpromenade, mit auch ohne Stallung, und beliebig zu beziehen.

---

Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 8 sind mehrere freundliche Wohnungen in der 1., 2. und 3. Etage, bestehend aus je 4 Piecen nebst Zubehör und Gartenbenutzung; auch Stallung und ebenso ein Keller mit dem Eingange von der Straße, zu vermiethen.

---

Gleich oder zu Michaelis ist Büttnerstraße Nr. 3 die erste Etage zu vermiethen, desgleichen auch einzelne Zimmer für Herren mit und ohne Möbel. Näheres im Komptoir.

---

Wohnungen à 24 und 30 Rtl. sind sofort zu beziehen: Siebenhubenerstraße 1.

---

**Zu vermiethen.**

Mathiasstraße 3 sind 3 freundliche Stuben nebst Entrée, Küche und Zubehör zu vermiethen und Michaelis zu beziehen. Das Nähere Weißgerbergasse 29, 1 Stiege.

---

**Zu vermiethen**

Wohnungen von verschiedener Größe Sandstraße 12, 1. Etage. Näheres bei dem Haushälter Großmann.

---

Friedrich Wilhelmsstraße 6 hat sich kürzlich ein Jagdhund eingefunden. Der rechtmäßige Eigenthümer kann solchen daselbst 1 Stiege hoch abholen.

---

Drei Wohnungrn zu 40, 70, 90 Rtl. sind zu Michaelis in der Bischofstraße im Hôtel de Silésie zu vermiethen.

---

Junkernstraße Nr. 7 ist die erste Etage zu Michaelis d. J. zu vermiethen, und das Nähere daselbst zu erfahren.

---

## Hôtel garni in Breslau,

Albrechtsstraße Nr. 33, 1. Etage, bei **König**, sind elegant möblirte Zimmer, bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermiethen. NB. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

---

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Generalin v. Wallburg aus der Uckermark. Frau Oberst v. Prittwitz a. Liegnitz. Gutsbes. Graf York v. Wartenburg aus Klein-Oels. Kaufm. Gaede aus Marseille. Kaufmann Flatau aus Warschau. Kaufmann Rüdiger a. Stettin. Rechts-Anwalt Geuthe a. Falkenberg. Justizrath Heintze a. Frankfurt a. O. Appell.-Gerichts-Rath Oelrichs aus Glogau.

---

| 25. u. 26. Juli | Abd. 10 U. | Mrg. 6 U. | Nchm. 2 U. |
|---|---|---|---|
| Barometer | 27" 6,12''' | 27" 6 61''' | 27" 6 71''' |
| Thermometer | + 12,5 | + 12,0 | + 18,7 |
| Windrichtung | NW | W | SW |
| Luftkreis | bed. Regen | überw. | überw. |

**Getreide- Oel- u. Zink-Preise.**

Breslau, 26. Juli.

| Sorte: | beste | mittle | geringste |
|---|---|---|---|
| Weizen, weißer | 65 Sg. | 61 Sg. | 57 Sg. |
| Weizen, gelber | 63 " | 59 " | 55 " |
| Roggen ...... | 32½ " | 30½ " | 28½ " |
| Gerste ....... | 25 " | 23½ " | 22 " |
| Hafer ....... | 21½ " | 20 " | 19 " |

Rothe Kleesaat ............ 7⅔ b. 10½ Thl.
weiße " ............ 5 b. 10 "
Spiritus .................. 7 7/12 bez.
Rüböl, rohes .............. 14½ Gl.
Zink loco à 4⅛ und schwimmend à 4 Thlr. 3½ Sgr. bez.
Rapps 100, 102, 104 Sgr.
Winter-Rübsen 95, 97, 99 Sgr.

---

# Zu Göthe's Jubelfeier.

Im Verlage von **Joh. Urban Kern**, Junkernstraße Nr. 7, ist so eben komplet erschienen und zu haben (Frankenstein bei Philipp):

# Goethe's Frauen.

## Von Dr. Max Kurnik.

Komplet in zwei Lieferungen.

Mit einem Stahlstich: Die beiden Leonoren. — gr. 8. Velinpapier.

Preis: 1 Rtl.

---

**Bekanntmachung.**

Die im Johannis-Termin 1849 fällig gewordenen Zinsen, sowohl der 4- als auch 3½ prozentingen Grosherzoglich Posenschen Pfandbriefe werden gegen Einlieferung der betreffenden Koupons und deren Spezifikationen vom 1. bis 16. August d. J., die Sonntage ausgenommen, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, in Berlin durch den unterzeichneten Agenten in seiner Wohnung (wo auch die Schemata zu den Koupons-Spezifikationen unentgeltlich zu haben sind) und in Breslau durch den Herrn geh. Kommerzien-Rath **J. F. Kraker** ausgezahlt.

Nach dem 16. August wird die Zinsenzahlung geschlossen, und können die nicht erhobenen Zinsen erst im Weihnachts-Termin 1849 gezahlt werden.

Berlin, den 20. Juli 1849.

**F. Martin Magnus**, Behrenstraße Nr. 46.

Die in vorstehender Bekanntmachung bezeichneten Zinsen von großh. Posenschen Pfandbriefen werden vom 1. bis 16. August d., die Sonntage ausgenommen, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in meiner Wohnung, gegen Einlieferung der Coupons und deren Spezifikationen, wozu die Schematas unentgeltlich bei mir zu haben sind, ausgezahlt.

Breslau, den 21. Juli 1849.

**Joh. Ferd. Kraker**, Ring Nr. 5.

---

# Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Von der **Ems** nach **New-York** segelt bestimmt **am 18. August** das kupferbodene amerikanische, dreimastige Schiff **Avalanche**, geführt vom Kapitän Hawkins,

**am 31. August**

das kupferbodene Packetschiff **Elbe**, geführt vom Kapitän Heydtmann. Sollte bis zur Expeditionszeit die Blockade der Elbe aufgehoben sein, werden jene Schiffe statt von der Ems von Hamburg abgehen.

Hamburg, im Juli 1849.

**Aug. Bolten**, William Millers Nachfolger.

In Breslau zur Annahme von Passagieren die für Schlesien Bevollmächtigten Haupt-Agenten: **Gebrüder Staats**, Karlsstraße Nr. 28.

---

# Mousseline de laine-Kleider,

welche früher 5, 6 bis 7 Rthlr. gekostet, offeriren wir zu dem Preise von 2, 2½ bis 3 Rthlr.

## Gebrüder Littauer,

Naschmarkt Nr. 42, erste Etage.

---

# Ein gut eingerichtetes Buchdruckereigeschäft

mit dem Verlage eines Wochenblattes ist sofort für den Preis von 1500 Rtl. gegen Baar zu verkaufen. Die Adresse wird mitgetheilt in Breslau, Herrenstraße 20, im Komptoir.

---

# Ein Eisenbahn-Karoussel,

das sich in einer Provinzialstadt sehr gut rentiren würde, ist billigst zu verkaufen.

**F. H. Meyer**, Hummerei Nr. 38.

---

**2000 Rtl.**, hinter Pfandbriefen Litt. A, werden baldigst gesucht, desgl. 2000 Rtl. auf ein Grundstück hier hinter 8000 Rtl. Mündelgeld, dessen Taxe 28,000 Rtl. und dessen Feuerkassenwerth circa 20,000 Rtl. Ein Haus in guter Lage und ausgezeichneten Kellerräumen ist billigst mit geringer Anzahlung verkäuflich. **F. H. Meyer**, Hummerei 38.

---

## Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Abg. nach / Ank. aus | Oberschles. | Pers.-Züge | 7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg. | | |
| Abg. nach / Ank. von | Berlin | Pers.-Züge | 7 U. 15 M., 5 U. 15 M. / 11 U. 45 M., 8 U. 6 M. A. | Güter-Züge | 12 U. 15 M. Mitt. / 5 U. Nachmitt. |
| Abg. nach / Abg. von / Abg. von | Freiburg / Schweidnitz | | 6 Uhr, 1 Uhr, 5 Uhr 30 Min. / 6 Uhr 18 Min., 1 Uhr 18 Min., 7 Uhr 45 Min. / 6 Uhr 15 Min., 1 Uhr 15 Min., 7 Uhr 40 Min. / zum Anschluß nach Freiburg: Abends 6 Uhr 40 M. | | |

---

**Börsenberichte.**

**Paris**, 23. Juli. 5% 87. 65. 3% 53. 15.

**Berlin**, 25. Juli. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 85 à ¼ bez. und Gl., Prior. 4% 77½ Br. Krakau-Oberschlesische 4% 58 à ½ bez. und Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38 5/8 à 39 bez. und Gl. Niederschlesisch-Märkische 3½% 76¾ bez., Prior. 4% 88¾ Gl., Prior. 5% 100¾ à 101 bez., Ser. III. 5% 97¾ bez. und Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 32 Br., Prior. 5% 72 Gl. — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 99½ bez. und Gl., Litt. B. 99½ bez. und Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige-Staats-Anleihe 5% 103¼ Br., 102¾ Gl. Staats-Schuld-Scheine 3½% 83½ Br., 83 Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 93¾ Gl. Posener Pfandbriefe 4% 98 Gl., 3½% 85¼ Gl. Preußische Bank-Antheile 91¼ Gl. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94 Gl., neue 4% 93¾ Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 74 3/8 Br., 74 1/8 Gl., à 300 Fl. 101¾ Br., 101¼ Gl.

Fernere Ankäufe in garantirten Stamm-Aktien, so wie in Fonds wirkten animirend. In Friedrich-Wilhelm Nordbahn-Aktien fanden viele Spekulations-Käufe statt, hervorgerufen durch den angeblich gesicherten Anschluß dieser Bahn an die Halle-Thüringer; so wie auch durch das Projekt einer Verbindung der letztern mit der Köln-Mindener Bahn über Bückeburg, Halle-Thüringen ansehnlich stiegen. (Die Thüringer Staaten hoffen durch den Bau dieser Zweigbahn den brodlosen Arbeitern dortiger Gegend eine lohnende Beschäftigung zu gewähren.)

**Wien**, 25. Juli. 5% Metal. 93½, Nordbahn Aktien 111.

**Breslau**, 26. Juli. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Gl. Kaiserliche Dukaten 96½ Gl. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112⅔ Br. Polnisches Courant 95½ Br. Oesterreichische Banknoten 84 11/12 Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 96 Gld. Freiwillige Preußische Anleihe 102¾ Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 83 Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 98¼ Gl., neue 3½% 85 7/12 Gl. Schls. Pfndbrf. à 1000 Rtl. 3½% 92 5/12 Br., 92 1/12 Gl., Litt. B. 4% 95 1/12 Br., 3½% 87 Gl. Alte poln. Pfandbriefe — — neue 93¼ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 83¼ Br. Oberschlesische Litt. A. 100 Br., Litt. B. 100 Br. Krakau-Oberschlesische 58½ Gl. Niederschlesisch-Märkische 76 Gl. Köln-Mindener 84¾ Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 39 Gl. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat 142 5/12 Gld. Berlin 2 Monat 99¼ Gld., k. Sicht 99 5/6 Gld. Hamburg 2 Monat 149¾ Gl., k. Sicht 150¼ Gl. London 3 Monat 6. 26⅚ Br.

---

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.